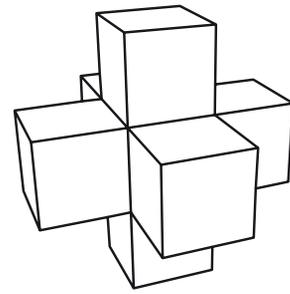


Schweizer Freisinn



FDP
Die Liberalen

| | | | | | | | |
|---------------------------------|---|-------------------------------|----|-------------------------------|----|-----------------------|----|
| Unter Freisinnigen Geits no? | 2 | Brennpunkt Kopf des Monats | 3 | FDP-Frauen Jungfreisinnige | 14 | Dossier FDP intern | 18 |
| | 2 | | 12 | | 16 | | 23 |

31. Jahrgang. Erscheint sechsmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP/Die Liberalen

Inhalt

AHV sichern – IV sanieren

Die Invalidenversicherung (IV) häuft immer mehr Schulden an – und droht damit, die AHV-Reserven zu vernichten. Beide Sozialwerke sind in Gefahr. Es braucht dringend Massnahmen. Mit der IV-Zusatzfinanzierung, über die wir am 27. September abstimmen, können wir die Probleme anpacken und die IV sanieren.

Seiten 2, 21

Rezepte für das Gesundheitswesen

Die Gesundheitskosten steigen, die Prämien explodieren. Viele der hastig vorgestellten Lösungsvorschläge, die momentan wie Pilze aus dem Boden schiessen, sind skeptisch zu beurteilen. Mit einer dringlichen Interpellation verlangte die FDP-Liberale Fraktion in der Sommersession langfristige Massnahmen.

Seite 3

Fraktionsausflug nach Genf

Die FDP-Liberale Fraktion erfuhr auf ihrem Sessionsausflug nach Genf beim Pharma-Unternehmen Merck Serono, wie mit Technologie und altem Wissen Medikamente entwickelt werden. Und das Institut für Internationale Studien und Entwicklung stellte sein Zukunftsprojekt «Campus de la Paix» vor.

Seite 12



In der Krise entstehen für die Wirtschaft auch neue Chancen.

Bild: Keystone

Reformen statt Konjunkturprogramme

In der Krise verlangen viele ein 3. Konjunkturpaket. FDP/Die Liberalen fordert hingegen nachhaltige Massnahmen.

Die Wirtschaftskrise trifft auch die Schweiz immer stärker. In dieser Zeit sind Konjunkturprogramme bei vielen Parteien beliebt. Die Linke wittert Morgenluft für massive Staatseingriffe mit Milliardeninvestitionen: Ob Green Deal, Reduktion von Krankenkassenprämien oder andere Subventionen – alles scheint zu gehen. Auch Mitteparteien springen auf den Zug auf.

Die Schuldenbremse droht völlig vergessen zu gehen – und damit der Schuldenberg ins Unermessliche zu wachsen. Mit Konjunkturprogrammen wird Wahlkampf betrieben. FDP/Die Liberalen macht bei dieser verhängnisvollen Politik nicht mit. Denn die Wirkung der ausufernden Konjunkturpakete ist nicht erwiesen, die Wirkung von verschwenderischer Politik hingegen

schon: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Deshalb kämpft die FDP für echte Reformen, welche die Schweizer Wirtschaft nachhaltig stärken.

Lesen Sie im Dossier, welche liberalen Massnahmen nachhaltig einen Weg aus der Krise weisen.

Seiten 18, 19

Ein liberales Ja zur Invalidenversicherung

Liebe Freisinnige

Am 27. September 2009 stimmen wir über die befristete Zusatzfinanzierung für die Invalidenversicherung ab. Hauptziel der Reform ist die finanzielle Sanierung der IV und die Abtrennung des IV-Fonds vom AHV-Fonds. So soll die AHV nicht mehr unter der Last des IV-Defizits leiden. Damit die finanzielle Konsolidierung Erfolg hat, muss der neue IV-Fonds während sieben Jahren mit zusätzlichen 0,4 MWSt-Prozenten alimentiert werden. Gerade in einer wirtschaftlich schwierigen Situation macht eine Sanierung Sinn. Das Vertrauen in die Sozialwerke wird gestärkt. Unsere Delegierten entscheiden bald, am 27. Juni 2009.

Die IV ist der Rettungsanker für Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Sie ist jedoch stark defizitär und verschuldet. Wir müssen sofort handeln, damit sie ihre Leistungen weiter ausrichten kann. Zudem muss die Aushöhlung des AHV-Vermögens verhindert werden, gefährden doch die IV-Defizite die flüssigen Mittel, die die AHV für die Ausrichtung ihrer Renten benötigt.

Die finanzielle Situation der IV hat sich in den letzten Jahren stark verschlechtert. Die Schulden und das Defizit der IV sind derart hoch, dass die Versicherung in ihrer Existenz bedroht ist. Deshalb sind zusätzliche Einnahmen nötig. Wollte man das Defizit nämlich allein durch Sparmassnahmen ausgleichen, müssten beispielsweise die Renten um ungefähr 40% gekürzt werden. Ein solches Vorgehen wäre sozial unverantwortlich, trägt doch eine durchschnittliche Rente um die 1600 Franken pro Monat. Eine befristete Zusatzfinanzierung ist deshalb unerlässlich, damit solche einschneidenden und unverantwortlichen Kürzungen vermieden werden.



Pascal Couchepin

Mit der Zusatzfinanzierung kann das jährliche IV-Defizit vorübergehend beseitigt werden; zudem wird die Spirale der Verschuldung gestoppt. Diese Verbesserung der finanziellen Situation bildet die Grundlage für eine nachhaltige Sanierung der IV. Es wäre zudem unverantwortlich, die Sanierung der IV einfach auf später zu verschieben. Sie würde dann noch höhere Kosten mit sich bringen und noch grössere Opfer verlangen.

Eine leichte Anhebung der Mehrwertsteuersätze ist mit den Plänen des Parlaments zur Wiederbelebung der Wirtschaft vereinbar, weil sie das Konsumverhalten nur minimal beeinflusst. Die Zusatzfinanzierung stärkt zudem das Vertrauen in die Sozialwerke. Es kommt zudem auch dem Konsum zugute, wenn die Einkommen von gesundheitlich angeschlagenen Personen sowie von Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern gesichert werden.

Im Moment werden die IV-Schulden von der AHV getragen. Die AHV setzt jeden Tag etwa 4 Millionen aus ihrem Vermögen ein, um die IV zu unterstützen. Durch die wachsenden Schulden der IV schwinden deshalb die flüssigen Mittel der AHV, die für die Sicherung ihrer Renten nötig sind. Wird der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zugestimmt, kann die finanzielle Verflechtung zwischen AHV und IV gelöst werden. Das Vermögen der

AHV wird dann nicht länger durch die IV-Schuld ausgehöhlt. Die Abstimmungsvorlage trägt also auch zur Sicherung der AHV-Renten bei.

Um die Rechnung der IV auf Dauer ins Lot zu bringen, haben Bundesrat und Parlament einen dreiteiligen Sanierungsplan in Gang gesetzt. Der erste Schritt war die 5. IV-Revision, dank der das jährliche Defizit stabilisiert werden konnte. Der nächste Schritt ist die Zusatzfinanzierung. Schliesslich wird während dieser Übergangsphase die 6. IV-Revision in die Wege geleitet, die mit neuen Sparmassnahmen dafür sorgen soll, dass die IV ab 2017 langfristig gesund bleibt.

Ein Nein zur IV-Zusatzfinanzierung würde die laufende Umsetzung des Sanierungsplans von Bundesrat und Parlament verunmöglichen. Damit verbunden wären eine massive Verteuerung der Sanierung und einschneidende Massnahmen, die bis zu einer beträcht-

lichen Kürzung der Renten gehen könnten. Zudem würde die Aushöhlung des AHV-Vermögens durch die IV-Defizite nicht gestoppt. Wenn nichts unternommen wird, ist die AHV in etwa zehn Jahren nicht mehr in der Lage, die Ausrichtung ihrer Renten zu garantieren. Der Bundesrat will das Risiko nicht auf sich nehmen, sowohl die AHV- als auch die IV-Renten zu gefährden.

Die IV-Vorlage ist da für alle Menschen in der Schweiz. Wir alle können eines Tages auf die IV angewiesen sein. Durch die Trennung des IV-Fonds vom AHV-Fonds werden zudem die AHV-Renten sicherer. Zerstören wir nicht unsere Sozialwerke in der laufenden Wirtschaftskrise! Sagen wir JA zur IV-Vorlage am 27. September 2009.

Weiterer Artikel S. 21

Pascal Couchepin

Geits no?

Skandalöse Reportage in der «Rundschau»

Man nimmt eine falsche These (die FDP ist tot), führt eine Umfrage bei Passanten durch und zeigt nur die negativen Meinungen. Dann verschweigt man die FDP-Erfolge der letzten Zeit, etwa die kantonalen Wahlen in Neuenburg und Schaffhausen. Zuletzt schneidet man den Bericht so, dass die Aussagen der Interviewten verzerrt werden. Voilà: Fertig ist die «Rundschau»-Reportage vom Mittwoch, 27. Mai. «Politisieren in der Verlierer-Partei»: Schon bei der Ansage wurde klar, dass es dem Schweizer Fernsehen nicht um eine solid recherchierte, differenzierte Reportage ging. Sondern einzig darum,

die FDP. Die Liberalen möglichst schlecht darzustellen. Genauso ging es weiter. Die Präsidentin der Jungfreisinnigen, Lena Schneller, hatte gar keine Chance, ihr Engagement richtig vorzustellen. Zahlen die Bürger Gebühren dafür, dass der Staatssender auf skandalöse Weise – nach eigenen politischen Vorlieben? – eine Partei durch den Dreck zieht? Kritische Berichterstattung ist das nicht – sondern eine Schlammschlacht. Finden Sie das auch eine Frechheit? Schreiben Sie dem Sender einen Brief (Schweizer Fernsehen, Frau Ingrid Deltrenre, Postfach, 8052)! Rufen Sie aus: «Geits no?»

Forderung nach einer liberalen Gesundheitspolitik

Das Gesundheitswesen ist für Gesellschaft und Wirtschaft wichtig. Zurzeit befindet es sich auf der Intensivstation. Mit dringlichen Massnahmen soll es stabilisiert werden. Dabei darf der Blick auf die langfristige Wirkung der angewendeten Medizin nicht vergessen werden. Aus diesem Grund hat die FDP in der Sommersession eine dringliche Interpellation eingereicht.

Von Felix Gutzwiller,
Ständerat FDP/Die Liberalen ZH

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen vor allem wegen der Entwicklung der Medizin und der technologischen Innovation der Gesundheitsindustrie (immer neue Diagnose- und Therapiemöglichkeiten). Diese Marktentwicklung ist durchaus zu begrüssen und trägt zum Wirtschaftswachstum in der Schweiz bei. Der Gesundheitsmarkt erweist sich gerade in Krisenzeiten als Fels in der Brandung. Ideen für dringende kostendämpfende Massnahmen schiessen wie Pilze aus dem Boden – deren Wirkung sind entweder anzuzweifeln oder nur von kurzfristiger Natur. Die FDP-Liberale-Fraktion hat in der ersten Sessionswoche eine dringliche Interpellation eingereicht. Die FDP fordert eine umfassende Gesundheitspolitik. Die dringliche Interpellation verlangt die Ergreifung langfristiger Massnahmen.

Dringliche FDP-Interpellation

1. Stärkung der Eigenverantwortung: Die mangelnde Eigenverantwortung sowie fehlende Anreize für kostenbewusstes Verhalten der Leistungsbezüger sind kostentreibende Faktoren. Gefordert sind Massnahmen, um die Kostensensibilisierung bei den Leistungsbezügern, den gesunden Lebensstil und die Einhaltung von Therapien zu fördern.

2. Zwischen den Krankenversicherern besteht kaum ein transparenter Wettbewerb bezüglich Preis/Leistungen der Versicherungsprodukte. Fehlende Vertragsfreiheit zwischen Versicherern und



Felix Gutzwiller

Leistungserbringern führt zu einem Wettbewerb unter den Versicherern, der sich weniger auf das Qualitäts-Preis-Leistungs-Verhältnis medizinischer Leistungen, sondern mehr auf die Risikoselektion der Versicherten konzentriert.

3. Ein wichtiger Grund für die geringe Wettbewerbsintensität zwischen den Ärzten sowie zwischen den Spitälern ist die fehlende Vertragsfreiheit zwischen Leistungserbringern und Versicherern sowie die fehlende, öffentlich zugängliche Information über Qualität und Nutzen und Risiken der erbrachten Leistungen. Informationen für eine echte Wahlfreiheit der Patienten fehlen.

4. Die Einführung des differenzierten Selbsthalts beschleunigte zu Beginn der Einführung 2006 das starke Wachstum des Generika-Marktes. Entsprechend gross war der Substitutionseffekt. Aufgrund der Einführung der Freikaufsmöglichkeit für Originalpräparate wurden die Anreize, Generika zu verschreiben, aber gebremst.

Ein weiteres Problem ist die Verschwendung von noch nicht abgelaufenen Medikamenten.

Fehlanreize beseitigen

Wir haben materiell allen Grund, mit hohem Druck an den Themen Beseitigung von Fehlanreizen, Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität dranzubleiben und Lösungen zu erarbeiten. Die wichtigen hängigen KVG-Reformen in der Subkommission – Managed-Care, Kostenbeteiligung sowie Vertragsfreiheit – müssen mit Hochdruck umgesetzt werden. Idealerweise sollen die drei Vorlagen als eine zusammengefasst werden. Die neuen Managed-Care-Modelle sollen einerseits die Weiterführung des Kontrahierungszwanges beherbergen, allerdings mit höherem Selbstbehalt. Andererseits soll es den Versicherern freigestellt sein, mit welchen Leistungserbringern sie einen Vertrag abschliessen möchten. Nur so besteht ein allseitiger Anreiz für wirtschaftliches, qualitäts- und leistungsorientiertes Wettbewerbsdenken. Dadurch entstehen auch Anreize unter Leistungserbringern, regionale Netzwerke zu installieren, welche den Versicherten ihre Leistungen erfahrungsgemäss möglichst koordiniert und damit effizient und kostengünstig erbringen. Gerade eine partielle Vertragsfreiheit will eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens mit ihrem stark kritisierten Tarifsysteem vermeiden. Der Versicherungsnehmer soll bestimmen können, wie er versichert sein möchte. Als zusätzlicher Anreiz soll der Selbstbehalt unterschiedlich hoch sein. Die Ein-

führung der neuen Managed-Care-Modelle ist gleichzeitig auch die logische Nachfolgelösung des von der FDP ungeliebten und verfassungsmässig bedenklichen Zulassungsstopps für Ärzte.

Einschneidende Korrekturen

Abseits dieser Massnahmen sind weitergehende Überlegungen anzustellen, damit wir die Kosten in den kommenden Jahren in den Griff bekommen. Grundsätzlich ist es so, dass was der Arzt verschreibt, auch von der Krankenversicherung bezahlt wird. Meist wird nicht hinterfragt, ob die verschriebene Therapie, Medikamente, chirurgische Eingriffe usw. auch für den Patienten von adäquater Natur sind. Um die Adäquanz der Gesundheitsversorgung zu erhöhen, müssen insbesondere die entscheidungsverantwortlichen Führungspersonen in den Institutionen des Gesundheitswesens sensibilisiert werden, damit die kostendämpfenden Massnahmen greifen. Grossbritannien hat dies eingeführt – mit grossem Erfolg. Einsparmöglichkeiten von 10 bis 15% sind realistisch.

Um die Kosten besser in den Griff zu bekommen, braucht es also einschneidende Korrekturen im Gesundheitssystem. Nötig sind sie im Gesundheitssystem, aber auch bei der individuellen Einstellung aller Beteiligten. Die FDP kämpft für einen liberalen Lösungsweg – mit mehr Selbstverantwortung, Wahlfreiheit und Wettbewerb.

Ein grosser Patriot im Dienst der Schweiz

Zum Rücktritt von Bundesrat Pascal Couchepin

**Von Fulvio Pelli, Parteipräsident
FDP/Die Liberalen**

Am 12. Juni hat Bundesrat Pascal Couchepin seinen Rücktritt auf Ende Oktober angekündigt. *FDP/Die Liberalen* dankt ihm für seine herausragende Arbeit im Dienste des Landes. Die Interessen des Landes waren für Pascal Couchepin immer der Sinn und das Ziel jeder politischen Aktivität. Er engagierte sich für seine Heimatstadt Martigny, für sein Land und die Schweizer Bürger – nicht nur für jene, welche sein politisches Talent, seine Intuition und seine ehrliche, aber auch sehr direkte Art bewunderten. Sondern auch für diejenigen, die Mühe hatten ihn zu verstehen, sogar in seiner eigenen Partei.

Pascal Couchepin hat sich als Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements mit Weisheit und Scharfsinnigkeit in un-



Pascal Couchepin

serem widersprüchlichen ökonomischen System bewegt. Es ist ein liberales System, aber mit vielen staatlichen Eingriffen. In einer Welt, in welcher der Staat seinen Einfluss dauernd ausweiten will, wusste Couchepin immer daran zu erinnern, dass sich das Wohlerge-

hen eines Landes an den Fähigkeiten seiner Bürger misst – und nicht an der Allmacht des Staates.

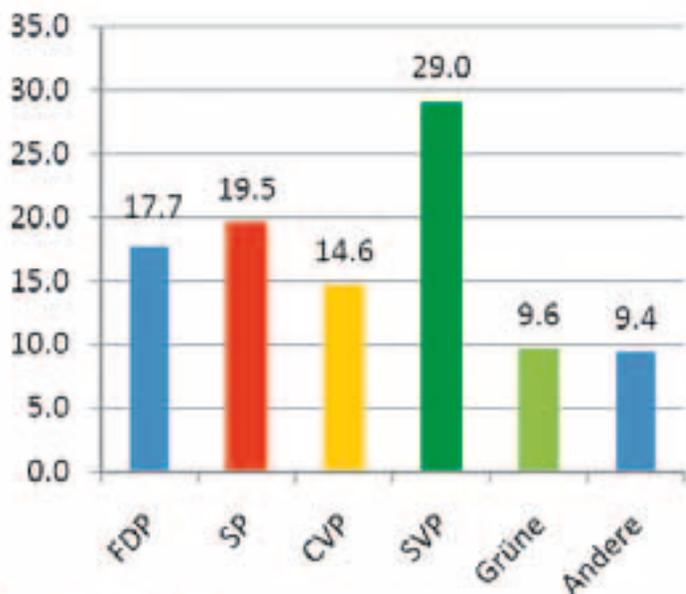
Danach hat Pascal Couchepin die Herausforderung angenommen, ein Departement zu führen, vor dem sich alle fürchten: das Departement des Inneren. Es hat ihm Freude bereitet, sich mit Bildung und Forschung zu beschäftigen. Aber ihm wurde auch Geduld abverlangt, um Lösungen für die Sanierung der Sozialversicherungen zu finden. Das war insbesondere im Gesundheitswesen schwer, einem System, in dem der Bund eine marginale Rolle spielt und kaum ein Teilnehmer an der Senkung der Kosten interessiert ist.

Hätte jemand anderes als Pascal Couchepin es besser gemacht? Ich denke nicht. Die Resultate sind für die Bürger sehr gut: Unsere So-

zialversicherungen ebenso wie unser Gesundheitswesen sind leistungsfähig, das Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialversicherung ist intakt. Das ist eine gute, sogar eine sehr gute Bilanz. Die Sanierung der IV wollen wir im Herbst mit der Zusatzfinanzierung anpacken.

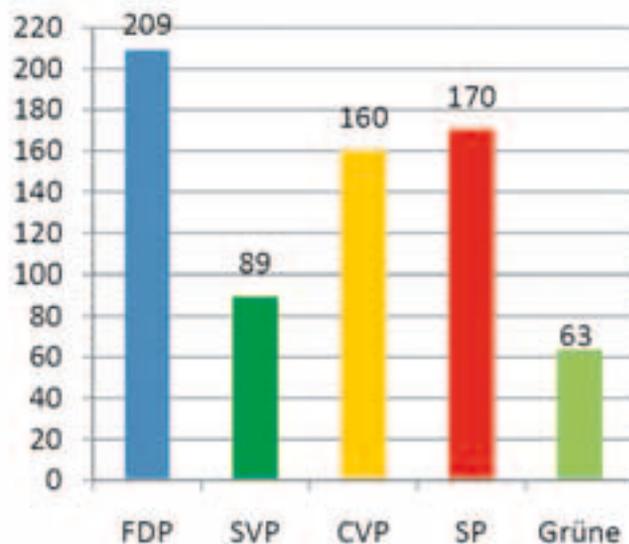
Es wird ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin von Bundesrat Couchepin gesucht: Wir wollen, dass es ein Mitglied der *FDP/Die Liberalen* ist. Die FDP hat als drittstärkste politische Kraft auf nationaler Ebene und stärkste Partei in den Kantonen Anspruch auf diesen Sitz. Die kantonalen Parteien und die gemäss den Statuten der Partei nahestehenden Organisationen sind eingeladen, ihre Nominationsvorschläge bis zum 10. August 2009 einzureichen.

Wähleranteile Nationalratswahlen 2007



Quelle: Gfs.bern

Kantonsräte, lateinische Schweiz (2009)



Quelle: Badac, kantonale Verwaltungen

Kanton Zürich

«Energie-Pionier» gesucht

Auch 2009 verleiht die FDP einen KMU-Preis an erfolgreiche kleinere und mittlere Unternehmen im Kanton. Jedes Jahr steht ein anderes Kriterium im Fokus. Diesmal sind KMU gesucht, welche sich als Anbieter oder Anwender von Energie-Effizienzmassnahmen besonders innovativ zeigen.

FDPLiberalen im Kanton Zürich wollen erfolgreiche und innovative KMU fördern. Jedes Jahr wird deshalb ein Preis ausgeschrieben. Heuer ist der «Energie-Pionier 2009» gesucht. Bis am 30. Juni können sich interessierte Unternehmen bewerben, die ihren Sitz im Kanton haben. In der Jury sitzen Persönlichkeiten aus verschiedensten Bereichen. Die FDP ist durch Kantonsrat Marco V. Camin und Stadtrat Andres Türlener vertreten. Weitere Mitglieder sind der CEO von WWF Schweiz, Hans-Peter Fricker, Nadja Schildknecht, Model und Geschäftsführerin des Zurich Film Festival, sowie David Syz als Präsident der Stiftung Klimarappen.

Entscheidend sind die vier Bewertungskriterien Innovationsgrad, Umsetzbarkeit, Höhe der eingesparten Energie, gesamte Ökobilanz. Am 28. August wird anlässlich der kantonalen Delegiertenversammlung das siegreiche KMU ausgewählt und geehrt. Neben lukrativen Preisen winkt den Siegern auch eine beträchtliche Medienpräsenz. Alle wichtigen Informationen finden sich unter www.fdp-zh.ch/Energie-Pionier2009.

Kanton Bern

Zwei liberale Kandidaten für die Regierungsratswahlen 2010



Hans-Jürg Käser

Die kantonale FDP-Parteispitze entschied, 2010 mit zwei Persönlichkeiten zur Regierungsratswahl anzutreten. Der bisherige Regierungsrat Hans-Jürg Käser aus Langenthal gilt dabei als gesetzt. Die Nomination erfolgt Anfang September.

Mit dem Entscheid, ein Zweierticket für die Regierungsratswahlen 2010 zu nominieren, hat die FDP die 2008 gefasste Strategie bestätigt. Die Kreisparteien können bis Ende Juli 2009 Kandidaten melden. Nominiert werden die beiden liberalen Regierungsratskandidaten Anfang September. Die Ausgangslage für die Regierungsratswahlen hat sich grundsätzlich verändert, da es keine ausseramtlichen Wahlzettel mehr geben wird. Damit stellt sich die Frage einer gemeinsamen Liste bei den Regierungsratswahlen 2010 nicht mehr. Die Regierungsratswahlen werden – mehr denn je – zu eigentlichen Persönlichkeitswahlen. Und diesen stellt sich die FDP mit starken Kandidaten.

Die Freisinnigen legen ein grosses Augenmerk auch auf die Mehrheitsverhältnisse im Grosse Rat. Hier wird es darum gehen, dass die FDP ihre liberalen Anliegen mit wechselnden Mehrheiten klarer durchbringt, als dies bei den heute bestehenden, äusserst knappen Mehrheitsverhältnissen bisher der Fall ist.

Die Freisinnigen legen ein grosses Augenmerk auch auf die Mehrheitsverhältnisse im Grosse Rat. Hier wird es darum gehen, dass die FDP ihre liberalen Anliegen mit wechselnden Mehrheiten klarer durchbringt, als dies bei den heute bestehenden, äusserst knappen Mehrheitsverhältnissen bisher der Fall ist.

Kanton St. Gallen

Wieder ein grosser Abstimmungserfolg der FDP

Mitte Mai konnte sich die FDP-Kantonalpartei erneut in allen drei Abstimmungen durchsetzen. Der St. Galler Soverän stimmte sowohl dem Wasserbaugesetz als auch den Änderungen der Kantonsverfassung betreffend die Einbürgerungspraxis respektive die Gemeinde- und Zweckverbände zu. Die FDP kann sich damit einmal mehr in einer Abstimmung mit ihrer Haltung durchsetzen.

Es war fürwahr ein gelungener Abstimmungssonntag für die St. Galler FDP. Für alle drei kantonalen Vorlagen empfahlen die Liberalen ein Ja – genauso haben die Stimmbürger auch entschieden. Am umstrittensten war der Nachtrag zur Kantonsverfassung betreffend die Einbürgerungsbeschlüsse. Mit dem Ja an der Urne kann der Kanton nach vielen Jahren endlich ein rechtstaatlich korrektes Einbürgerungsverfahren einführen, bei dem die Stimmbevölkerung dennoch das letzte Wort behält. Obwohl sich die SVP-Fraktion im Kantonsrat mit Ausnahme einzelner Stimmen klar für die Vorlage aussprach, opponierte die Partei im Abstimmungskampf. Dabei verwendete sie alte Plakate, die ohne jeglichen Zusammenhang zur Vorlage Angst vor einer Masseneinbürgerung schürte. Doch die Bürger liessen sich nicht beirren. Allerdings ist für die FDP klar: Die eigentliche Nagelprobe, die Ausarbeitung eines neuen Einbürgerungsgesetzes, steht erst noch bevor.

Ebenfalls eine wechselvolle Geschichte im Kanton St. Gallen hat die Neuregelung des Wasserbaus. Der Vorsteher des Baudepartementes, Willi Haag, konnte einen grossen Erfolg verbuchen. Die Ostschweizer erhalten ein neues Wasserbaugesetz, das zu einem Wechsel in der Wasserbau-Philosophie führen wird, Gefahren abwehrt und der Tatsache, dass Gewässer wichtige Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen darstellen, besser Rechnung trägt. Völlig unbestritten war die dritte Vorlage betreffend Nachtrag zur Kantonsverfassung, mit dem Zweckverbände weiterhin zugelassen bleiben.



Neue Philosophie des Wasserbaus im Kanton St. Gallen. Bild: Keystone

Herzliche Gratulation, Marc Fritschi

Am Abstimmungswochenende vom 17. Mai 2009 wurde Marc Fritschi, welcher unter anderem auch von der Vereinigung Öffentlicher Dienst nicht unwesentlich unterstützt wurde, mit dem Glanzresultat von 13 772 Stimmen als Regierungsstatthalter von Thun gewählt.



Beat Schlatter

Von Beat Schlatter,
Vizepräsident

Marc Fritschi

Mit 13 772 zu 11 200 wird Marc Fritschi als Regierungsstatthalter von Thun gewählt.

Marc Fritschi berät seit mehr als zehn Jahren als Regierungsstatthalter die Bürgerinnen und Bürger im Amt Seftigen. Dazu kommt seine breite Erfahrung als Bewilligungsbehörde im Baurecht, bäuerlichen Bodenrecht und Gastgewerbe. Zum Alltag des Regierungsstatthalters gehört es unter anderem auch, bei Streitigkeiten zu vermitteln und bei grösseren oder kleineren Krisen den Einsatz von Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz zu koordinieren.

Marc Fritschi, als einziger FDP-Kandidat aller Regierungsstatthalter ins Rennen gestiegen, wurde auch von der Vereinigung Öffentlicher Dienst unterstützt. Er hatte die Möglichkeit, seine Kandidatur direkt auf der Hauptseite unserer Homepage zu placieren.

Die Vereinigung Öffentlicher Dienst gratuliert Marc Fritschi ganz herzlich zu seiner Wahl und wünscht

ihm alles Gute, viel Erfolg und Befriedigung in seinem Amt.

Aus dem Vorstand

Mit der vergangenen Zeit seit der letzten Ausgabe standen einige wichtige Entscheidungen an.

Zum ersten konnten wir ein zukünftiges Vorstandsmitglied gewinnen, welches sich ausschliesslich um die Organisation und Durchführung von Anlässen kümmert.

Zum zweiten soll das bis anhin vorstandsinterne Strategiepapier komplett überarbeitet werden. Es geht darum, dass die Vereinigung Öffentlicher Dienst sich eine klare und messbare Ausrichtung gibt. Und über die Definition der Kernkompetenzen den zukünftigen und gewünschten Sollzustand beschreibt.

Im Zuge dieser Überarbeitung des Strategiepapiers müssen zwangsläufig auch die Statuten überarbeitet werden. Es geht hier darum, den Namen der Vereinigung derjenigen der *FDP.Die Liberalen* anzupassen. Das Ziel des Vorstandes ist es, sowohl die revidierten Statuten wie auch das Strategiepapier an der Generalversammlung zu verabschieden.

Anlässe

Mit dem Besuch der Glockengiesserei Rüetschi in Aarau fand ein weiteres Highlight im diesjährigen Aktivitätsprogramm statt.

Besonders eindrucksvoll war der Empfang bei der Stadt Aarau und der offerierte Aperitif nach der Besichtigung.

Der nächste Höhepunkt findet am 26. August 2009 im Dalmaziquai 111 in Bern statt: Boccia als der gemütliche Sommeranlass der Vereinigung Öffentlicher Dienst.

Der angeregte Austausch unter den Mitgliedern ist sichergestellt. Verpassen Sie auf keinen Fall den Anmeldetermin!

Aufruf an die Mitglieder

Um unseren Adressstamm auf dem aktuellsten Stand zu halten und Sie in Zukunft effizienter, schneller und kostengünstiger zu

informieren, bittet der Vorstand Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse zu melden.

Am einfachsten machen Sie dies mit einem Mail an den Vizepräsidenten an folgende Adresse: beat.schlatter@vtg.admin.ch.

Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) oder finden Sie unter www.fdp-od.ch das entsprechende Anmeldeformular.

Internet: www.fdp-od.ch

Veranstaltungskalender 2009

26. August 2009

Boccia-Abend im Grottino, Dalmaziquai 111, 3000 Bern 6

18.00 Uhr Eintreffen

18.15 Uhr gemeinsames Bocciaspiel

19.30 Uhr gemeinsames Nachtessen

22.00 Uhr Ende der Veranstaltung

5. November 2009

Generalversammlung FDP OD Zunfthaus zur Webern

Treffpunkt: www.restwebern.ch

18.00 Uhr Eintreffen

18.15 Uhr Beginn der Generalversammlung, anschliessend Apéro

Restriktiver Vorschlag des Bundesrates

Seit gut zehn Jahren ist die Präimplantationsdiagnostik in der Schweiz verboten. Mit einer Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes soll sich dies nun ändern. Der Vorschlag des Bundesrates ist jedoch so restriktiv, dass den betroffenen Paaren wohl auch in Zukunft nur der Gang ins nahe Ausland bleiben wird.

Von Felix Gutzwiller,

Ständerat FDP/Die Liberalen ZH

Bei der Präimplantationsdiagnostik (PID) handelt es sich um ein medizinisches Verfahren zur genetischen Untersuchung eines im Reagenzglas (in vitro) erzeugten Embryos. Zweck dieser Untersuchung ist es, eventuelle Fehler oder Unregelmässigkeiten im Erbgut des Embryos zu erkennen, die die gesunde Entwicklung des Kindes beeinträchtigen oder Auslöser schwerer, erblich bedingter Krankheiten sein können. Nach der genetischen Untersuchung hat das betroffene Paar die Möglichkeit zu entscheiden, welcher Embryo bzw. welche Embryonen in die Gebärmutter übertragen und welche ausgesondert werden.

In der Schweiz ist die PID heute verboten. Paare, die im Rahmen einer künstlichen Befruchtung eine solche genetische Untersuchung durchführen lassen möchten oder die aufgrund einer familiär bedingten Erbkrankheit sogar darauf angewiesen sind, müssen heute Kliniken im nahen Ausland aufsuchen. Diese verzwickte Situation soll sich nun mit einer entsprechenden Anpassung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) ändern.

Die Frage, ob die PID in der Schweiz zugelassen werden soll, ist auf politischer Ebene nicht neu. Sie wurde bereits 1997/1998 im Zusammenhang mit der Erarbeitung des FMedG ausgiebig diskutiert. Das Ziel war es, mit dem FMedG einen restriktiven Gegenentwurf zu einer fundamentalistischen Volksinitiative zu schaffen, die sich gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim

Menschen zur Wehr setzte. Die Methode zur genetischen Untersuchung von in vitro gezeugten Embryonen war damals noch relativ neu. Entsprechend war das Parlament wenig vertraut mit der Thematik und die Furcht vor der Eugenik dominierte die politische Debatte. Die PID wurde daraufhin in der Schweiz explizit verboten.

Seit der ersten parlamentarischen Debatte hat sich einiges verändert. Inzwischen wurden weltweit Tausende von Kindern geboren, an denen die PID ohne negative Auswirkungen auf die Gesundheit oder die Entwicklung angewendet worden ist. Auch hat sich die Untersuchungsmethode in den letzten Jahren in vielen Ländern etabliert und ist heute ein fester Bestandteil der Fortpflanzungsmedizin. Dabei hat sich gezeigt, dass das Argument der hemmungslosen Selektion, das der Bundesrat 1996 gegen die PID angeführt hat, höchstens bedingt stimmt. Beispielsweise hat eine Untersuchung in Belgien gezeigt, dass im Rahmen der Pränataldiagnostik (PND, Fruchtwasseruntersuchung während der Schwangerschaft) in der Regel nicht weniger als 90% der Kinder mit Trisomie 21 (Downsyndrom) abgetrieben werden. Selektion findet also bereits heute statt – jedoch zu einem späteren Zeitpunkt in der Entwicklung des Kindes.

Wichtig im Zusammenhang mit der PID, aber auch der PND ist, dass der Gesetzgeber einen klaren gesetzlichen Rahmen festlegt, der nicht überschritten werden darf. Innerhalb dieses Rahmens darf dieser jedoch davon ausgehen, dass die betroffenen Paare mit Unterstützung ihrer behandelnden Ärz-



Paare müssen heute zur genetischen Abklärung ins Ausland. Bild: NZZ

tinnen und Ärzte durchaus fähig sind, einen verantwortungsbewussten Entscheid zu fällen.

Die Diskussion war mit der Debatte 1996/1997 über das FMedG nicht zu Ende. Immer wieder forderten seither verschiedene parlamentarische Vorstösse – vor allem aus der Reihe der FDP – die Zulassung der PID in der Schweiz, bis im Jahre 2005 beide Räte einer Motion der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zustimmten, die den Bundesrat auf meine Initiative hin mit der Ausarbeitung einer gesetzlichen Regelung zur Zulassung der PID beauftragte.

Nach vier langen Jahren liegt der vom Parlament gewünschte Gesetzesentwurf nun endlich auf dem Tisch. Dieser ist allerdings zu unserer Enttäuschung alles andere als liberal ausgefallen und entspricht als solcher weder den Be-

dürfnissen der betroffenen Paare noch deren behandelnden Ärztinnen und Ärzte. Was dabei besonders erstaunt ist die Tatsache, dass der Bundesrat nicht etwa den Empfehlungen der nationalen Ethikkommission gefolgt ist, sondern eine weitaus restriktive Regelung für die PID vorsieht, die zudem einen unverhältnismässig grossen administrativen Aufwand mit sich bringt.

Die FDP/Die Liberalen hat sich daher in ihrer Antwort auf die Vernehmlassung entsprechend kritisch und ablehnend verhalten lassen. Die Vorlage ist für uns in ihrer jetzigen Form absolut nicht akzeptabel, denn diese gleicht noch immer mehr einem Verbot denn einer wirklichen Zulassung der PID in der Schweiz. Leider wird die FDP diese Tatsache als einzige echte liberale Kraft in diesem Bereich wohl nicht ändern können.

Anlass am 21. August in Langenthal

Sicherheit, Miliz und Armee – Schweiz woher, wohin?

Von **Johann Schneider-Ammann**,
Nationalrat **FDP** Die Liberalen **BE**

Globale Verwerfungen auf den Finanzmärkten, Wirtschafts- und Vertrauenskrise: In der Schweiz wie im Ausland hat sich das individuelle und kollektive Sicherheitsempfinden fundamental verändert. Damit entstehen auch neue Sicherheitsbedürfnisse. Verschiedenste Bereiche stehen im Vordergrund: Terrorismus, Umwelt und Migration; organisierte Kriminalität, Pandemien oder Technologie. Auch Arbeitsplatz- und Rentensicherheit sind wichtige Themen.

Sicherheit ist heute das Produkt innen-, sozial-, wirtschafts-, finanz-, gesellschafts-, kultur- und gesundheitspolitischer Faktoren. Wir stehen in der Sicherheitspolitik vor grossen Herausforderungen. Identifizierbare Koordinatensysteme für die neue Sicherheits- und Armeepolitik sind zu entwickeln. Sie müssen danach überzeugend kommu-



Johann Schneider-Ammann

niziert werden. Der Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bundesrat Maurer, definiert – breit abgestützt – aktuelle und zukünftige Bedrohungen für den neuen Sicherheitsbericht. Dieser muss das Miteinander der verschiedenen sicherheitspolitischen Ziele und Instrumente auf der Grundlage unserer vereinbarten staatspolitischen Ziele und der Verfassung festhalten.

Das Erfolgsmodell Schweiz gerät international unter Druck. Und in unserem Land drohen Kräfte unsere Werte zu zerstören und das auseinanderzureissen, was die Schweiz als Willens- und Miliznation in ihrem Innersten zusammenhält; was sie erfolgreich und wohlhabend machte.

Übergeordnete nationale Werteplattform «Herkunft mit Zukunft»

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts herrschten in der Schweiz schwierigste wirtschaftliche Zeiten, geprägt von Armut, Arbeitslosigkeit und europäischen Wirrnissen nach zweimaliger napoleonischer Besetzung. Doch unser Land war auf dem Weg zum föderalen Bundesstaat von 1848. Berner Offiziere luden 1822 alle 22 kantonalen Freunde zu einem brüderlichen einfachen Mahle nach Langenthal ein, mit dem Leitgedanken: «Alles, was sie

wollten, waren Schweizer stets durch Einigkeit.» Langenthal wurde damit zum «Grütli des 19. Jahrhunderts». Dieser Anlass war der wichtigste Impulsgeber nationaler Modernisierung und schuf für den liberalen Bundesstaat von 1848 die Aufbruchsstimmung. Es war das Werk freisinnig-liberaler Politiker, die uns ihr grosses und verpflichtendes politisches Erbe anvertrauten.

Heute stellen sich ähnliche Fragen. Diese Werteplattform soll daran erinnern, was Miliz damals hiess, und Mut machen für die moderne Schweiz der Solidarität und der geordneten Verhältnisse. Die Schweiz muss im Zentrum Europas Vorzeigepplatz für Stabilität und Sicherheit bleiben und damit die Überzeugung stärken: Es lohnt sich, für dieses Land einzustehen.

Der 21. August beginnt mit einem sicherheitspolitischen Forum, an dem Politiker und Politikerinnen aus allen Parteien – darunter fünf Mitglieder der FDP-Bundeshausfraktion – und Vertreter der Wirtschaft teilnehmen. Bundesrat Maurer wird an der anschliessenden öffentlichen Veranstaltung seine Langenthaler Rede an die Schweiz 2009 richten. Die kantonalen Militär- und Polizeidirektoren halten an diesem Tag in Langenthal ihre Plenarsitzung ab. Sie unterstreichen dadurch die föderale Kraft «Einheit in der Vielfalt». Die nationale Plattform steht allen offen und wird dank der grosszügigen Unterstützung der führenden schweizerischen Lebensversicherungsgesellschaft und der Schweizerischen Bankenvereinigung möglich.

Das setzt ein starkes Zeichen für die Werte, die die Schweiz erfolgreich, wohlhabend und stark gemacht haben. Es gilt, sie in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wieder konsequent zu leben – es lohnt sich, dafür zu mobilisieren.

Öffentlicher Anlass zum Gedenken an das «Militärfest 1822 in Langenthal»

Mit sicherheitspolitischem Forum (von 15.00 bis 17.30 Uhr)

Schweizerischer Miliz- und Militäranlass

«Herkunft mit Zukunft»

am 21. August 2009, ab 17.30 Uhr beim Hotel Bären in Langenthal

Mit Ansprache von **Bundesrat Ueli Maurer**

Öffentliche Feier mit **Platzkonzert** und Verpflegung aus der **Militärküche**

Alle Infos ab 30.06.2009 unter

www.herkunftzukunft.ch

HarmoS ist für die Schwyzer FDP noch nicht vom Tisch

Mit einer Motion fordert die Fraktion der FDP des Kantons Schwyz den Regierungsrat auf, eine Vorlage zur Volksschulverordnung zu unterbreiten, die an Anlehnung an das HarmoS-Konkordat autonom auf den Kanton Schwyz zugeschnitten ist. Profitieren sollen die Auszubildenden.

Von Roger Bürgler

Das aus Sicht der FDP «jämmerliche» Nein des Schwyzer Kantonsrates zu HarmoS lässt die FDP-Fraktion nicht in Ruhe. Auch wenn die CVP und SVP der Meinung sind, dass ein Beitritt zum Konkordat der falsche Weg sei, soll diese Uneinigkeit auf Politebene ausgetragen werden und nicht auf dem Buckel der Schulkinder. Diese sollten viel eher von der ab diesem Sommer in über zehn Kantonen geltenden Harmonisierung der obligatorischen Schule profitieren können. Auch im Kanton Schwyz, dessen Uhren einmal mehr etwas langsamer ticken als andernorts.

Sonderfall Kanton Schwyz

Nun verlangen die beiden Ausserschwyzer FDP-Kantonsräte Irene Thalmann (Wilten) und Martin Michel (Lachen) mit einer Motion, dass der Kanton Schwyz einen autonomen, an das bestehende Har-

moS-Konkordat angelehnten Weg geht. In ihrer Motion schreiben die beiden FDP-Politiker: «Der SVP und CVP war das Konkordat-Korsett anscheinend zu eng. In materieller Hinsicht war man jedoch mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden.» Deshalb will die FDP-Fraktion, dass der Regierungsrat eine Vorlage zur Volksschulverordnung unterbreitet, die auf die kantonseigenen Bedürfnisse zugeschnitten sind, jedoch mit dem HarmoS-Konkordat korrespondieren. Dies im Sinne der Schulkinder, denen man nicht durch ein politisches Geplänkel auf ihrem Schulweg und auf der Vorbereitung ihrer Erwerbstätigkeit Steine in den Weg legen will, wie Irene Thalmann, Vize-Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, erklärte.

Motion überrascht (nicht)

Für die FDP des Kantons Schwyz ist spätestens seit dem 12. Februar dieses Jahres klar, dass man

die HarmoS-Vorlage nicht einfach so unter den Tisch wischen lassen will. Damals entschied die vorbereitende kantonsrätliche Konkordatskommission dem Parlament zu empfehlen, auf die HarmoS-Vorlage nicht einmal einzutreten. Ein Afront, befand die FDP, und der Regierungsrat sah dies zur Freude der Liberalen gleich. Doch die in der Bildungspolitik etwas kuriose SVP/CVP-Allianz liess keine sachliche Diskussion über die Inhalte und

Vorteile der HarmoS-Vorlage zu. Bereits im Parlament kämpfte die FDP vehement für eine seriöse Diskussion, wurde aber zusammen mit der SP mit 64:30 Stimmen abgefertigt. Insofern überrascht die Motion aus dem liberalen Lager nicht, auch wenn sie zweifellos für brisanten Gesprächsstoff auf dem kantonalen Politparkett sorgen wird. Vorläufig leider noch auf dem Buckel der Schulkinder.

Happy Birthday

60 Jahre FDP-Frauen Schweiz

Am 24. September feiern die FDP-Frauen Schweiz ihr 60-Jahr-Jubiläum! Wir bitten Sie alle, sich dieses Datum zu reservieren. Ein detailliertes Programm wird noch folgen!



Ein Grund zum Feiern: Sechs Jahrzehnte Engagement.

«Schweizer Freisinn» – unsere Zeitung behält ihren Namen

Gutes soll bestehen bleiben – der «Schweizer Freisinn» soll seinen Namen behalten. Das war die Meinung vieler unserer Leser, als wir drei Vorschläge für einen neuen Namen für die Parteizeitung unterbreiteten. Von den vorgeschlagenen Namen erhielt «FDP. Die Presse» am meisten Unterstützung. Wir danken den vielen Teilnehmern herzlich für das grosse Interesse!

Die Parteipräsidentenkonferenz der *FDP.Die Liberalen* war am 24. April ebenfalls der Meinung, dass «freisinnig» auch nach der Fusion der FDP mit den Liberalen ein wichtiger Begriff und Wert für unsere Partei bleibt. Sie entschied deshalb einstimmig, dass unsere Zeitung ihren traditionellen Namen behalten soll.

Im Sommer wird die angekündigte Anpassung des Layouts in Angriff genommen, die der Zeitung ein frisches und noch leserfreundlicheres Erscheinungsbild bringen wird.

Mentoringprogramm «40 unter 40» für liberale Talente

Es ist eine Tatsache: Die FDP wird oft immer noch als «Altherrenpartei» angesehen. Die beste Möglichkeit, dies zu widerlegen, ist ein gezieltes Nachwuchsförderungsprogramm. Die FDP ist in der glücklichen Lage, über eine Vielzahl an motivierten Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern zu verfügen. Jetzt gilt es nur noch, dieses Potenzial optimal zu nützen. Das Mentoringprogramm «40 unter 40» ist ein Anfang und hat zum Ziel, schweizweit 40 Jungtalente gezielt zu fördern.

Von Claudine Esseiva,
Generalsekretärin FDP-Frauen

Der Einstieg für Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker gestaltet sich oft schwierig. Stolpersteine sind der mangelnde Bekanntheitsgrad, die fehlenden Profilierungsmöglichkeiten und zu wenig Erfahrung, sich in der Öffentlichkeit kompetent und sicher zu präsentieren. Um diese Hürden zu nehmen, brauchen unsere Nachwuchstalente erfahrene Personen, die bereit sind, sie in dieser ersten Phase zu unterstützen und zu begleiten. Personen, die helfen, ein Netzwerk aufzubauen, die Tipps und Tricks weitergeben und Vertrauensperson

sind; ein sogenannter Mentor. In der Wirtschaft werden diese Personen «Business Angels» genannt, da sie die Schützlinge unter ihre Flügel nehmen und ihnen helfen, weiter voranzukommen.

Gezielte Förderung

Aufbauend auf diesem Modell startet die *FDP.Die Liberalen* zusammen mit den Freunden der FDP ein Mentoringprogramm, das Persönlichkeiten aus der Politik und Wirtschaft mit unseren Jungtalenten zusammenbringen soll. Das gemeinsame Ziel ist es, 40 Jungtalente unter 40 Jahren in ihrer politischen Karriere weiter vor-

anzubringen. Dieses Mentoringprogramm soll junge Politikerinnen und Politiker gezielt in ihrem persönlichen politischen Engagement fördern, ihr wirtschaftliches und politisches Verständnis schärfen und ihnen den Zugang zu den Netzwerken der Mentoren ermöglichen.

Jedes Nachwuchstalente (Mentee), das jünger als 40 Jahre sein muss, wird im Programm von den folgenden Personen unterstützt:

- einem Mentor aus der Partei mit bundespolitischem Mandat (Ständerat, Nationalrat, Bundesrat, Bundesvorstand der Partei usw.)

- einem Mentor mit einem kantonalen Mandat (Kantonsrat, Regierungsrat, Vorstand der Partei im Kanton usw.)
- einem Mentor aus der Wirtschaft (aus dem Kreis der Freunde der FDP)

Das Programm spricht drei Ebenen an: die persönliche Entwicklung der Mentees, den Aufbau des Netzwerkes und die mediale Begleitung. Neben den persönlichen Gesprächen zwischen Betreuer und «Schützling» laden die Mentoren ihre Mentees an wirtschaftliche und politische Anlässe ein und führen sie in das entsprechende Netzwerk ein. Die FDP unterstützt die Bestrebungen mit verschiedenen Begleitmassnahmen. Dazu gehören unter anderem Ausbildungs-Workshops zum Thema Medientraining und Kampagnenmanagement, Auftrittsmöglichkeiten bei Kampagnen, Pressekonferenzen und Events. Weiter gibt sie den Kandidaten eine Plattform in FDP-Publikationen: dem «Schweizer Freisinn» und dem Pressedienst.

Von diesem Mentoringprogramm profitieren nicht nur unsere Nachwuchstalente, sondern auch die FDP. Denn genau diese jungen Menschen sind der Beweis, dass die Partei fit ist, zukünftige Herausforderungen anzunehmen und erfolgreich zu meistern. Sie können sich auf die nächste Generation der *FDP.Die Liberalen* freuen!



Jeder fängt klein an – erfahrene Politiker und Unternehmer unterstützen die jungen liberalen Talente.

Bild: Keystone



**FDP. Die Liberalen warnen:
Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.**

Diese neuen Produkte können Sie bestellen auf: www.fdp.ch/shop



Ballone

Artikel-Nr.: 2006
Zusatz: ZIBI-FIX-Automatikverschlüsse mit Polyband 120 cm
Beschreibung: 100 Stück
Preis: Fr. 36.–



Kugelschreiber

Artikel-Nr.: 2014
Zusatz: zweifarbiger Druck inkl. Druck auf Clip
Beschreibung: 50 Stück
Preis: Fr. 35.–

Kopf des Monats

Frédéric Hainard, neuer Regierungsrat in Neuenburg

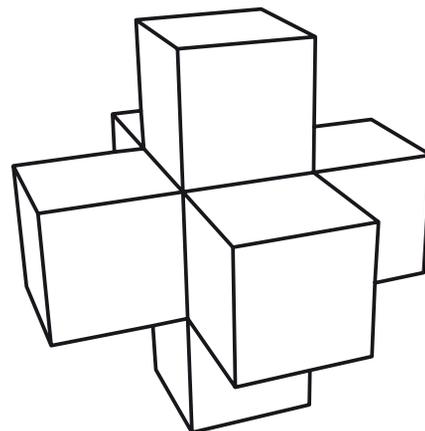
1 + 1 = 3? Diese Rechnung gefällt einem Mathematiklehrer nicht, uns Liberalen hingegen sehr. Kaum hatten sich die Parteien FDP und Liberale Anfang Jahr zusammengeschlossen, gelang der neuen Partei im Kanton Neuenburg ein grosser Erfolg: Sie errang in den Regierungsratswahlen einen zusätzlichen Sitz und stellt nun mit drei Vertretern die Mehrheit. Der neue liberale Regierungsrat Frédéric Hainard erzielte dabei unter den liberalen Kandidaten am meisten Stimmen. Der Jurist ist erst 33 Jahre alt! Gelobt wird seine frische und direkte Art, aber er gilt auch als klug und kompromissbereit. *FDP.Die Liberalen* konnte mit dem grossen Erfolg ihre

Rolle als stärkste Partei im Welschland ausbauen und einen positiven Trend fortsetzen. Seit 2008 gewann sie in kommunalen und kantonalen Wahlen. Mit seinem Engagement für den neusten Sieg ist Frédéric Hainard unser Kopf des Monats.



Schreiben Sie uns:

FDP.Die Liberalen
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136, Neuengasse 20
3001 Bern
blancpain@fdp.ch



Fraktionsausflug am 3. Juni

Ein Ausflug mit Weitblick

Die FDP-Liberale-Fraktion der eidgenössischen Räte nutzte ihren Fraktionsausflug Anfang Juni für einen interessanten Tag in Genf. Zuerst wurde das Pharma-Unternehmen Merck Serono besucht. Dann lernte die Fraktion mit mehr als hundert Gästen, unter ihnen die Bundesräte Merz und Couchepin, das Institut für Internationale Studien und Entwicklung kennen. Das Nachessen wurde mit wunderbarem Blick über den Genfersee eingenommen.

Im Gegensatz zum Ausflug letztes Jahr fand der Ausflug der FDP-Liberalen-Fraktion am 3. Juni 2009 bei strahlendem Sonnenschein statt. Schon die Anfahrt mit drei – glücklicherweise klimatisierten – Reiseautos war so ein Vergnügen. In Genf angekommen, waren die ungefähr 140 Teilnehmer gleich ein erstes Mal beeindruckt: Der vor wenigen Jahren neu erstellte, die alten Gebäudeteile integrierende Hauptsitz von Merck Serono ist ein imposanter, avantgardistischer Glasbau mit raffinierten Elementen, etwa riesigen Dächern, die geöffnet werden können. Drei Topmanager des Pharma-, Biotechnologie- und Chemieunternehmens ermöglichten den Besuchern mit ihren Referaten Einblicke in die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten.

1 von 10 000 Substanzen erfolgreich

Bis eine Substanz ihren Weg zum Patienten gefunden hat, vergehen fast zehn Jahre, und es entstehen Kosten von ungefähr einer Milliarde Franken. Nur 1 von anfänglich 10 000 Substanzen wird je als Medikament auf den Markt gebracht. Bei der Auswahl helfen den Forschern modernste Computertechnik – aber auch altes Wissen als traditionsreiches Chemieunternehmen: Merck wurde im 17. Jahrhundert gegründet und blieb seither mehrheitlich in der Hand der deutschen Familie. Fraktionspräsidentin Gabi Huber übergab dem CEO Elmar Schnee als Dank für die interessanten Ausführungen ein passendes Geschenk: den Dokumentarfilm «Mais im Bundeshuus» über die Diskussionen der Parlamentarier zur Gentechnik.

Nach einer kurzen Kaffeepause ging es zu Fuss durch den grosszügigen Park des Instituts für Internationale Studien und Entwicklung zum nächsten Programmpunkt. Die Verantwortlichen des Instituts stellten ihr ambitioniertes Projekt des «Campus de la Paix» vor. An der Place de Nations entstehen neue Gebäude, welche dem Universitätsinstitut erlauben sollen, in Zukunft



Auch der Genuss kommt trotz anstrengendem Ausflugsprogramm nicht zu kurz.

seine Stellung als eine der renommiertesten Ausbildungsstätten weiter auszubauen.

Rund 75% der Studenten kommen aus dem Ausland – und viele von ihnen werden später erfolgreiche Politiker, Unternehmer oder Diplomaten. Auf der Liste der grossen Namen figuriert beispielsweise der frühere Uno-Generalsekretär Kofi Annan. Zum Abschluss führte Bundesrat und Bildungsminister Pascal Couchepin in gewohnt charmanter und amüsanter Weise aus, wie sich auch der Bund für das Bildungsspitzenangebot in der Romandie engagiert.

Nachessen beim Schloss Penthes

Nachdem die Ausflügler so viel erfahren hatten, stand am Abend das Gesellige im Mittelpunkt. Der Apéritif wurde auf der Terrasse des Schlosses Penthes eingenommen – es hätte an diesem heissen Frühsommertag wohl keinen schöneren Ort dafür gegeben. Die alten Bäume spendeten Schatten, die Aussicht auf den Gen-

fersee war atemberaubend. Das schmucke, efeubewachsene Schloßchen steht in einem grossen Park und beheimatet das Auslandschweizer-Museum. Bei einem Glas kühlen Weissweins führten die Gäste angeregte Gespräche, pflegten alte Bekanntschaften und knüpften neue. Auch Journalisten von Presse, Radio und Fernsehen nutzten die Möglichkeit, sich im informellen Rahmen mit den Politikern auszutauschen.

Den Abschluss des ereignisreichen Ausflugs bildete ein genussvolles Abendessen. Ob amüsiertes Geplauder oder angeregte politische Diskussionen: In gemütlicher Atmosphäre kamen alle Gäste auf ihre Kosten. Doch kaum war der formidable Schokoladenkuchen verdrückt und der Espresso getrunken, musste die Gruppe wieder aufbrechen, um noch vor Mitternacht zurück in der Hauptstadt zu sein. Schliesslich ging die Session am nächsten Tag schon um acht Uhr am frühen Morgen weiter.

Das Vermummungsverbot ist sinnvoll

Demokratie wird gestärkt.

Von Jacqueline de Quattro, Regierungsrätin Kanton Waadt, Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz und der Task-Force Sicherheit

Die Herrschaft der vermummten Randalierer ist vorbei. In Zukunft müssen Demonstranten, die Sachbeschädigungen und Ausschreitungen auslösen, die Konsequenzen tragen. Wer seine Meinung öffentlich kundtut, soll nicht mehr unter dem Schutz einer Vermummung Straftaten begehen dürfen. Der Waadtländer Regierungsrat und der Grossrat haben ihre Verantwortung wahrgenommen. Das Tragen von Masken und Kapuzen, die das Gesicht vermummen und verstecken, ist in Zukunft bei öffentlichen Veranstaltungen verboten. Das ist ein Sieg für die Demokratie. Denn die Ersten, die unter den Randalierern leiden, sind die Demonstranten, deren Anliegen wegen der Ausschreitungen untergeht.

Nach den Ereignissen beim Besuch von Christoph Blocher am «Comptoir Suisse» in Lausanne vom September 2007 kam ich zum Schluss, dass man den Autoritäten ein präventives Instrument in die Hand geben muss, um solche Aggressionen und Ausschreitungen in Zukunft verhindern zu können. Auf meinen Vorschlag hin hat der Regierungsrat eine Änderung des Waadtländer Strafgesetzes angenommen.

Aktuelle Ereignisse erinnern uns immer wieder: Es kommt immer wieder vor, dass kleine Gruppen eine Veranstaltung unterwandern, mit dem Ziel, Aufruhr zu machen und Ausschreitungen anzuzetteln. Mit dem neuen Gesetz will man allfällige Randalierer davor abschrecken, zur Tat zu schreiten. Es wäre somit nicht mehr nötig, dass zuerst Sach- und Personenbeschädigungen geschehen müssen, damit gegen die Randalierer vorgegangen



Jacqueline de Quattro

werden kann. Einige sind schockiert über diese Massnahmen. Sie sehen eine Beschränkung ihrer Privatsphäre und ihrer Freiheit zu demonstrieren. Diese Vorwürfe sind unbegründet.

Der Kanton Waadt ist nicht der erste Kanton, in dem ein solches

Reglement umgesetzt wurde. Andere haben bereits im gleichen Sinn reagiert und bestätigen, dass solche Massnahmen kompatibel mit den in unserer Verfassung stehenden Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger sind.

Im Vordergrund steht der Schutz der öffentlichen Ordnung. Die Tatsache, dass Teilnehmer an Demonstrationen identifiziert werden können, mindert nicht nur das Risiko, sondern vereinfacht auch die Arbeit der Behörden bei der Identifikation allfälliger Randalierer.

Es sind aber Ausnahmen vorgesehen: Traditionelle Veranstaltungen wie z. B. Karneval, Maskenball, Kinderumzüge werden selbstverständlich weiterhin erlaubt sein. Das gleiche gilt für private intime Veranstaltungen (Sexualleben, Gesundheit), bei denen das Tragen von Masken ein Ausdrucksmittel ist.

Schliesslich räumt das Waadtländer Datenschutzgesetz, respektive das Strafgesetzbuch und das Gesetz über die Akten der gerichtlichen Polizei, genügend Garantien zum Schutz der Persönlichkeit der von der Polizei untersuchten Personen ein.

Das Vermummungsverbot ist in keinem Fall eine Einschränkung des Rechtes, seine Meinung öffentlich kundzutun. Damit eine Demokratie funktioniert, braucht es aber Spielregeln. Mein Wille ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Meinungsfreiheit, die Demokratie und den Respekt gegenüber anderen begünstigen. Freisinnige Werte, die mir wichtig sind. Dieses neue Gesetz entspricht diesem Geist und hat zum Ziel, die Sicherheit zu erhöhen. Mission erfüllt!



Randalierer werden mit dem neuen Gesetz abgeschreckt.

Bild: Andreas Meier/EQ Images

Motion der FDP-Liberale Fraktion

Entführungsalarm - ein gutes Beispiel von erfolgreicher Zusammenarbeit

Von Jacqueline de Quattro, Regierungsrätin Kanton Waadt, Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz und der Task-Force Sicherheit

FDP. Die Liberalen setzt sich für einen schlanken und bürgernahen Staat ein. Dieser Slogan hat nichts Demagogisches an sich, im Gegenteil. Er lässt sich mehr denn je in konkrete Taten ummünzen. Dank dem Einsatz der FDP in den Kantonen und in Bundesbern wurde der Vorschlag zur Einführung des Entführungsalarms in der Bundesversammlung angenommen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat grünes Licht zur Motion des Neuenburger Ständerats Didier Burkhalter gegeben. Dieses effiziente System hilft Menschenleben zu retten: ein enormes Plus für die Sicherheit der Schweiz.

Mit Erfolg haben die Liberalen gezeigt, dass sie erfolgreich zusammenarbeiten können. Sie zeigten mit ihrem proaktiven und pragmatischen Vorgehen, wie Lösungen rasch gefunden werden können, ohne in Polemik zu verfallen.

Dank den kantonalen Parteien wurden in 17 kantonalen Parlamenten – u.a. im Kanton Waadt – entsprechende Vorstösse eingereicht, in denen die Einführung eines Frühalarmsystems gefordert wurde. Aufgrund dieser Vorstösse konnte der Druck auf den Bundesrat und die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizei-Direktorinnen und -Direktoren (KKJPD) aufrecht erhalten werden. Als Mitglied der Konferenz konnte ich sicherstellen, dass dieses Dossier rasch behandelt wurde.

Ich bin überzeugt, dass die Schweiz unbedingt ein solches System braucht, um die Bevölkerung schnell und möglichst vollständig zu informieren. Eine amerikanische Untersuchung hat gezeigt, dass bei 621 Kindsentführungen, die mit einem Mord endeten, 91% der Minderjährigen innerhalb von 24 Stun-

den umgebracht wurden. Der Zeitfaktor ist somit ausschlaggebend.

Das Verbreiten der wichtigen Informationen durch möglichst viele Medien (Fernsehen, Radio, Anzeigetafeln auf der Autobahn, im öffentlichen Verkehr und in den Bahnhöfen oder an den Poststellen usw.) ist ein entscheidendes Element bei der erfolgreichen Suche nach Entführten.

Dieses Alarmsystem ist in dieser Form bereits in Frankreich, den USA und Kanada in Betrieb. In den USA konnten dank dem Frühalarm 140 Leben in 10 Jahren gerettet werden. Das Resultat lässt gewissen Spielraum bei der Beurteilung des Erfolges dieses Systems, jedoch drängte sich aufgrund der Zahlen ein rasches Handeln auf nationaler Ebene auf.

Es ist nun an der schweizerischen Konferenz der kantonalen

Justiz- und Polizei-Direktorinnen und -Direktoren, ein solches System einzuführen. Eine Arbeitsgruppe, in der ich mitarbeite, wird bis Ende September erste Schlussfolgerungen präsentieren. Aus meiner Sicht muss der Bund hier ganz klar die Führung übernehmen. Wir können unmöglich 26 verschiedene Systeme haben. Weiter brauchen wir wie in Frankreich eine Zusammenarbeit mit den Medien, den Telefonnetzanbietern und den Transportunternehmen.

Es geht hier nicht darum, den Föderalismus mit Füßen zu treten oder den Kantonen ihre Kompetenzen abzuspochen. Dieses Vorgehen entspricht einer erfolgreichen Zusammenarbeit und Partnerschaft. Unsere Verfassung verlangt, dass Bund und Kantone ihre Anstrengungen koordinieren und zusammenarbeiten.



Didier Burkhalter

Der Einsatz der *FDP.* Die Liberalen beweist ein ausserordentliches Engagement. Es ist ein schönes Beispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit. Wenn wir alle am gleichen Strick ziehen, sind wir stark und können unsere Anliegen erfolgreich durchbringen.

Fünf Fragen an:

Christine Thommen

Grosstadträtin Schaffhausen und Vorstandsmitglied FDP Stadt Schaffhausen, Juristin, ledig, keine Kinder

1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Ich möchte aktiv mitwirken, mitdiskutieren, mitgestalten mit dem Ziel, für unsere MitbürgerInnen das Beste aus dem Leben in unserer Stadt, im Kanton und in unserem Land herauszuholen. Und da die Meinungen darüber, was «das Beste» ist, auseinandergehen, wollte und will ich auch weiterhin unbedingt meine Ansichten darüber einbringen können.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Dass die Schweiz ein sicherer, demokratischer und ein gemessen an den andern Ländern der Welt

problemloser Staat ist mit einer wunderschönen, vielfältigen Natur und der weltbesten Schokolade.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Mein erster, aber hoffentlich noch nicht letzter politischer Höhepunkt war meine als «Newcomerin» sehr überraschende Wahl zur Grosstadträtin im vergangenen November.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Sich nicht aus dem Konzept bringen lassen und die Fähigkeit bewahren, auch andere Meinungen anzuhören und zu verstehen versuchen. Der politische Wind ist manchmal ein bisschen rau, aber für das gute Gefühl, wenn man den Sturm erfolgreich überstanden hat, lohnt es sich allemal, standhaft an Bord des Polit-Schiffes zu bleiben!



5. Wenn Beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihr Reise?

Mir gefällt es im Hier und Jetzt sehr gut, drum würd ich weder eine Zeit- noch eine Weltreise unternehmen. Aber so ein kleiner Ausflug – beamtässig geschwind aus dem Büro raus an ein Sonnenplätzchen am Rhein – das wär jetzt eine formidable Sache!

Ja zu einem offenen Dialog – Nein zur Anti-Minarett-Initiative

An einer Pressekonferenz im Mai stellten die Jungfreisinnigen ihre Resolution «Offener Dialog für einen Wertekonsens zwischen dem Islam und Europa» vor und erläuterten die Gründe für ihr Nein zur Anti-Minarett-Initiative. Die Jungfreisinnigen fordern Toleranz und Respekt zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften. Die Anti-Minarett-Initiative hingegen schürt Hass und stellt auf gefährliche Weise die Religionsfreiheit in Frage.

**Von Lena Schneller, Präsidentin
Jungfreisinnige Schweiz**

Im vergangenen November sind die Jungfreisinnigen anlässlich eines zweitägigen Seminars mit Vertretern der muslimischen Glaubensgemeinschaft in einen Dialog getreten und haben dabei über die Integration von Muslimen in unser Gesellschafts- und Staatsleben diskutiert. Heute stellten sie zusammen mit Emre Oezdemir, einem Mitglied der muslimischen Glaubensgemeinschaft, ihre Resolution «Offener Dialog für einen Wertekonsens zwischen dem Islam und Europa» vor und erläuterten ihre Positionen zur Anti-Minarett-Initiative.

In der heutigen Gesellschaft ist ein gefährlicher Anstieg der Islamfeindlichkeit festzustellen. Angesichts der demografischen Entwicklung, welche eine Zunahme des Bevölkerungsanteils muslimischer Glaubens prognostiziert, ist eine erfolgreiche Integrationspolitik von grosser Bedeutung. So unterscheiden die Jungfreisinnigen zwischen dem Islam, dem als friedlichem Glauben mit Respekt zu begegnen ist, und dem fundamentalistischen Islamismus, der sicherheitspolitisch bekämpft werden muss. Ebenso wichtig sind Integrationskurse, welche den Einwandernden die Grundsätze unseres Zusammenlebens vermitteln. Um den Wertekonsens zu fördern, fordern die Jungfreisinnigen die Schaffung eines Ausbildungslehrgangs für Imame, der auch Kurse über das schweizerische Rechtssystem und die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse beinhaltet, um zu verhin-



Friedliches Zusammenleben ist nur mit Respekt möglich. Bild: Keystone

dern, dass in gewissen Moscheen Amateur-Imame mit fundamentalistischem Hintergrund die Glaubenslehre verkünden. Nicht zuletzt tragen aber auch private Veranstaltungen und Moschee-Führungen zu einem friedlichen Zusammenleben und zum notwendigen offenen Dialog bei.

Politische Extremforderungen wie die Anti-Minarett-Initiative lehnen die Jungfreisinnigen hingegen entschieden ab. Solche Verbote werfen nicht nur den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat über Bord, sondern sie schüren auch Hass und vermitteln eine falsche Vorstellung des Islam. Die Anti-Minarett-Initiative untergräbt traditionelle Schweizer Werte wie Freiheit, Gleichheit und Toleranz. Neben dem Grundsatz der Rechtsgleichheit verletzt sie auch die Religionsfreiheit, welche nach dem Ende der Konfessionskriege in den europäischen Verfassungen verankert wurde. Als Liberale, deren politische Vorfahren unseren moder-

nen Rechtsstaat gegründet hatten, stehen die Jungfreisinnigen in besonderer Pflicht, diese freiheitliche Errungenschaft zu wahren und zu verteidigen.

Der beste Weg zum friedlichen Zusammenleben, zur Integration und zum Verschwinden der Islamfeindlichkeit führt über den Dialog, den gegenseitigen Respekt, die Menschenwürde und vor allem über engagierte gesellschaftliche Kooperation. So bekennen sich die Muslime in der Schweiz zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit, zum Frieden, zu den Menschenrechten, zur Gleichberechtigung von Frau und Mann, zum interreligiösen Dialog und gegen Gewalt. Der offene Dialog anlässlich des jungfreisinnigen Seminars hat dies auf schöne Art und Weise gezeigt.

Die Jungfreisinnigen werden sich weiterhin für einen offenen Dialog zwischen den verschiedenen Glaubens- und Wertegemeinschaften einsetzen, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

Denn die Schweiz, ihre Bürgerinnen und Bürger, haben es stets verstanden, integrierend zu wirken und verschiedenste Strömungen kultureller, politischer und religiöser Natur friedlich aufzunehmen. Nicht zuletzt wird das Modell Schweiz in seiner Verschiedenartigkeit denn auch weltweit hervorgehoben.

Resolution: Offener Dialog für einen Wertekonsens zwischen dem Islam und Europa

Die nachstehende Resolution wurde aus den Erkenntnissen der jungfreisinnigen Tagung zum Thema «Liberalismus und Islam» vom 9. November 2008 in Zürich erarbeitet.

Demografische Studien prognostizieren eine Zunahme des muslimischen Bevölkerungsanteils in der Schweiz in den kommenden Jahrzehnten (10 Prozent bis 2025). Die Integration der muslimischen Glaubensgemeinschaft in unser Gesellschafts- und Staatsleben ist für ein friedliches Zusammenleben daher von grosser Bedeutung. Die Jungfreisinnigen Schweiz tragen der weitreichenden Bedeutung der Thematik Rechnung und widmeten ihr eine Tagung. Sie konkretisieren ihre Forderungen in der folgenden Resolution.

1. Die Jungfreisinnigen unterscheiden zwischen Islam und Islamismus. Der Islam hat als weltweit stark verbreitete Religion und Kultur auch in unserem Lande Toleranz und Respekt verdient. Hingegen ist der Islamismus eine fundamentalistische politische Bewegung, die sich über den Islam instrumentali-

siert und diese friedliche Religion missbraucht. Um Vorurteilen entgegenzuwirken und Muslime vor einer generellen Sippenhaft zu schützen, müssen islamistische Strömungen sicherheitspolitisch bekämpft werden.

2. Die Jungfreisinnigen wehren sich gegen politische Extremforderungen, die den Dialog zwischen den Religionen behindern und allgemeinen Hass schüren. So leisten beispielsweise Minarett- oder Kopftuchverbote keinen Beitrag zu allfälligen Problemlösungen, sondern verunsichern die Bevölkerung und vermitteln falsche Vorstellungen über die Werte und kulturellen Hintergründe des Islam. Ausserdem wird so die Entstehung fundamentalistischer religiös-politischer Gruppierungen gefördert.

3. Die Jungfreisinnigen sind überzeugt davon, dass eine sinnvolle Integrationspolitik die Voraussetzung für eine friedliche Koexistenz der verschiedenen Religionen ist. Einerseits sollen Integrationskurse, die Kenntnisse in Sprache und Geschichte sowie die Grundsätze des Zusammenlebens vermitteln, eine Grundlage für die Integration schaffen. Andererseits ist eine Beachtung unserer Verfassungsgrundsätze sowohl von Einheimischen wie auch von Einwandernden für ein friedliches Zusammenleben unabdingbar.

4. Die Jungfreisinnigen treten für einen Wertekonsens zwischen dem Islam und Europa ein. Ein Dialog in Frieden soll nicht nur den gegenseitigen Respekt stärken, sondern auch zur Vermittlung einer isla-

mischen Religionslehre führen, welche die europäischen Werte beachtet. Hierfür ist es aber notwendig, dass auch hierzulande eine Imam-Ausbildung angeboten wird, die auch Kurse über das schweizerische Rechtssystem und die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse beinhaltet. Das Fehlen eines Imam-Lehrgangs in der Schweiz führt dazu, dass in vielen Moscheen politisch gesteuerte Amateur-Imame mit fundamentalem Hintergrund die Glaubenslehre verkünden.

5. Die Jungfreisinnigen wünschen sich, dass der Dialog zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften auf privater Basis gefördert wird. Informationsveranstaltungen, Tagungen oder öffentliche Besuche von Glaubensstätten fördern den Kontakt und

das Verständnis für fremde Religionen. Bereits heute besteht ein vielseitiges Angebot an Veranstaltungen, die leider nur kleinen Kreisen bekannt sind. An Anschlagbrettern in den Gemeinden, in Veranstaltungskalendern in Zeitungen und im Internet bietet sich jedoch die Möglichkeit, kostenlos für solche Veranstaltungen zu werben. Die Jungfreisinnigen werden sich weiterhin für einen offenen Dialog zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften einsetzen.

Die Jungfreisinnigen Schweiz glauben, dass die vorgeschlagenen Massnahmen die Akzeptanz des Islam und der muslimischen Bevölkerung stärken und ein auch in Zukunft friedliches Zusammenleben der verschiedenen Religionsgemeinschaften ermöglichen.

Wir stellen uns vor

Daniel Consuegra



Nach meiner Kochlehre und praktischen Tätigkeit in Basel habe ich meine Dienstpflicht als Durchdiener-Küchenchef der Schweizer Armee erfüllt. Nach dieser lehrreichen Zeit habe ich im April 2008 mein Studium an der Hotelfachschule begonnen, welches ich voraussichtlich im Herbst 2010 abschliessen werde.

Durch meine Vorstandsarbeit will ich Menschen bewegen und die Möglichkeit nutzen, zusammen als Partei die Zukunft zu gestalten. Als freisinnig-liberaler Secondo möchte ich vor allem Secondos motivieren, sich im Freisinn zu engagieren.

Das politische Bewusstsein muss meiner Meinung nach, vor allem bei unserer Generation, wieder gestärkt und gefördert werden. Je mehr wir Junge für Politik begeistern können, desto grösser und fundierter wird der politische Dialog, nicht zuletzt auch ein den Nachwuchs förderndes Mittel.

In Zukunft werden uns Themen wie der soziale Frieden, Migrations- und Integrationspolitik sowie die Generationengerechtigkeit vermehrt beschäftigen, hier lege ich meine Schwerpunkte. Nur wenn wir in diesen Punkten als Land akzeptable Lösungen finden, können wir die Standort-

vorteile der Schweiz sichern. Und gerade hier hat der Freisinn mit seiner weltoffenen, Arbeitsplätze sichernden und langfristigen Politik die passenden Strategien.

Ich engagiere mich für die Jungfreisinnigen, weil die maximale Freiheit für den Einzelnen und gegenseitige Toleranz, verbunden mit individuellem Verantwortungsbewusstsein, meinem Menschen- und Weltbild entsprechen.

Fabian Käslin



Während knapp vier Jahren präsierte ich die Jungfreisinnigen Schaffhausen. In dieser Zeit konnten wir dank einer kompromisslos freiheitlichen Politik ein starkes Mitgliederwachstum verzeichnen sowie die letztjährigen Wahlen in unserem Kanton gewinnen. Erstmals zogen die Jungfreisinnigen nämlich im Jahre 2008 in den Kantonsrat ein: ohne Listenverbindungen und trotz Verkleinerung des Parlamentes.

Vater des Erfolges ist unser Programm: Mit klaren, kompromisslos freiheitlichen Positionen sind wir unterdessen eine der profiliertesten Parteien in unserem Kanton. Wer tiefe Steuern will, wählt Jungfreisinn. Das weiss in Schaffhau-

sen jedes Kind – respektive zumindest 5% der Wähler.

Es ist klar, dass ich mich auch in gleicher Weise bei den Jungfreisinnigen Schweiz einbringen will. Auch hier möchte ich meinen Fokus auf tiefe Steuern und allgemein eine kompromisslos freiheitliche Politik legen. Denn unsere Mutterpartei ist oft schizophren in ihren Haltungen und verwirrt seit Jahren die ehemals starke freisinnige Basis mit widersprüchlichen oder anbietenden Positionen. Die FDP ist für die Komplementärmedizin, sie ist sich uneins zum Thema Verhältnis Schweiz – EU, und manche FDP-Politiker fordern vom EU-Beitritt über eine staatliche Postbank alles, was sie auch nur ansatzweise in die Medien bringt. Eigennutz steht vor Parteiprofil. Eine Haltung, die uns viele tausende Wähler gekostet hat und die einst stolze und «staatstragende» Partei FDP zu einer Partei «unter fernem Liefen» verkommen liess.

Die Jungfreisinnigen sollten hier die Basis für eine kompromisslos freiheitliche FDP legen. Die Jungfreisinnigen müssen sich kompromisslos für tiefe Steuern, für ein absolutes Minimum an Staat und für möglichst viel Freiheit einsetzen. Genau dafür will ich mich im Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz stark machen. Die Jungfreisinnigen sollen die Speerspitze der Freiheitskämpfer in der Schweiz sein – und damit hoffentlich die Stärkung der FDP.

Wege aus der Wirtschaftskrise

Echte Reformen statt Konjunkturprogramm

In der Krisenzeit sind Konjunkturprogramme beliebt. Die Linke wittert Morgenluft für Milliardeninvestitionen. Ob Green Deal, Reduktion von Krankenkassenprämien oder andere Subventionen – alles scheint zu gehen. Auch Mitteparteien springen auf den Zug auf. Mit Konjunkturprogrammen wird Wahlkampf betrieben. *FDP:Die Liberalen* macht bei dieser verhängnisvollen Politik nicht mit: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wir wollen echte Reformen!



Stefan Brupbacher

Von Stefan Brupbacher,
Generalsekretär

Konjunkturpaket wirkungslos

Die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung bleiben schlecht. Diese Chance will die Linke beim Schopf packen. Seit Monaten fordert sie Konjunkturprogramme. Damit hofft Sie, bisher gescheiterte Projekte mit einem neuen Deckmäntelchen durchpeitschen zu können. Auf diesen Zug aufgesprungen sind auch die Mitteparteien. Gefordert wird vom Green Deal mit Milliardeninvestitionen über die Reduktion von Krankenkassenprämien und weiterer Subventionen für Arbeitslose alles, was bei Mitte-Links eine gut organisierte Interessengruppe kennt. Hier wird mit Konjunkturprogrammen Wahlkampf betrieben. Plötzlich gilt: Schulden machen ist gut. Es herrscht ein Jekami – jeder kann mitmachen.

Nicht mitmachen will die *FDP:Die Liberalen*. Zwar ist die Wirtschafts-

entwicklung weiterhin schlecht und in den kommenden Monaten ist mit massiv mehr Arbeitslosen zu rechnen. Doch zeigen sich erste Erholungszeichen – und gegen Konjunkturprogramme sprechen folgende Gründe:

1. Konjunkturprogramme helfen am falschen Ort: Der Export ist von der Rezession betroffen und ihm wurde im zweiten Konjunkturprogramm mit der Ausdehnung der Kurzarbeit bereits geholfen. Weitere Massnahmen sind kaum möglich.

2. Konjunkturprogramme verpuffen: Als kleine Volkswirtschaft importieren wir den Grossteil der Güter. 70 Rappen jedes Konjunkturprogramm-Frankens werden exportiert. Hier wird Geld zum Fenster hinaus ins Ausland geworfen.

3. Konjunkturprogramme schaffen neue Probleme: Das Ausland zahlt für die Rettung von Banken und Konjunktur 10 000 Mia. USD. Die USA, UK, Deutschland verschulden sich 2009 mit bis zu 5,5% BIP, für 2010 soll das Defizit bei den EU-Staaten bei 7,3% BIP liegen. Im Gruppenswang für Konjunkturprogramme wird die Gretchenfrage vergessen: Wer bezahlt diese Schulden?

Bereits fehlt das Vertrauen in den Staat. Die Bonität von Spanien und Irland wurde gesenkt und gleiches droht Grossbritannien. Auch für den Staat gibt es nichts gratis. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

Überschuldete Staaten werden einerseits die Steuern erhöhen. Diese wurden in vielen Staaten an-

gekündigt; allein in Deutschland soll die MWSt auf 25% und der Grenzsteuersatz für Private auf 50% steigen. Andererseits droht die Inflationssteuer: Zwar hat die Inflation dank fallender Energiepreise 0% erreicht, doch in den vergangenen sechs Monaten sind die langfristigen USD-Zinsen bereits um 80% gestiegen. Hier zeigt sich die Inflationserwartung

4. Linker Angriff auf die Schuldenbremse: Ob über Steuern oder Inflation, der Bürger zahlt für Schul-

denberge. Den Linken ist dies recht. Sie wollen mit Konjunkturprogrammen ihre Politik verwirklichen und die Schuldenbremse aushebeln. Zudem soll die Schuldenwirtschaft der Steuerharmonisierungsinitiative Auftrieb geben. Freisinnige Sparsamkeit und liberaler Steuerwettbewerb sollen so beendet werden.

Aus all diesen Gründen lehnt der Vorstand der FDP ein drittes Konjunkturprogramm ab. Nicht die kurzfristig wirkende Droge Konjunktur-



Mit nachhaltigen Reformen können wir ein Gerüst für die Zukunft bauen.

Bild: Keystone

programm, sondern gute Rahmenbedingungen sichern Arbeitsplätze. Dazu braucht es das steuerliche Reformprogramm der FDP:

Reformforderungen der FDP

Seit einem Jahr kämpft die FDP für den automatischen Ausgleich der kalten Progression. Ohne den Widerstand von Linken und CVP wären die Steuerpflichtigen bereits 2009 um 430 Millionen Franken entlastet worden. Begünstigt wird mit dem Ausgleich der Mittelstand: 40% der 430 Mio. Fr. gehen an Haushaltseinkommen bis 100 000 Franken, 45% an Einkommen zwischen 100 000 und 200 000 Franken. Wichtig ist der automatische Ausgleich. Das Argument, dass damit die Steuerverwaltung mehr Aufwand hat, ist dank IT bloss ein Vorwand der Fiskalisten. Aus Sicht der FDP ist klar: Der Staat arbeitet für den Bürger – und nicht umgekehrt.

Leistung muss sich auch für Zweitverdiener lohnen. Ehepaare sollen frei von steuerlichen Überlegungen zwischen Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung wählen. Deshalb müssen möglichst alle Kosten



Leistung und Innovation müssen sich lohnen.

Bild: Keystone

der Fremdbetreuung abziehbar sein. Konkret sollen dies jährlich maximal 24 000 Franken für Fremdbetreuungskosten sein.

Nichterwerbstätige Ehegatten mit Betreuungsaufgaben werden dadurch nicht benachteiligt, da sie ja auch kein Einkommen versteuern. Abgebaut werden aber Steuerhürden vor allem für berufstätige Frauen. Angesichts derer guten und teuren Ausbildung kann die Wirt-

schaft nicht auf sie verzichten. Arbeiten sie mehr, werden sich auch die Steuereinnahmen erhöhen. Positive Effekte werden auch bei der Schwarzarbeit erwartet: Fehlende Abzugsfähigkeit drängt viele Eltern dazu, die exorbitanten Betreuungskosten durch die Nutzung von Schwarzarbeit zu reduzieren.

Während andere Länder in die Schuldenwirtschaft rutschen, soll die Schweiz Unternehmen entlasten. Notwendig ist die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigen- und Fremdkapital sowie auf dem Versicherungsstempel. So werden ins Ausland verlorene Geschäfte wieder zurückkehren. Generell wird die USTR III Arbeitsplätze in die Schweiz bringen. Dank guter Ausbildung, Sozialpartnerschaft, Arbeitsmarktflexibilität und einer Infrastruktur, die wie eine Schweizer Uhr funktioniert, sind wir attraktiv für ausländische Produktions-, Forschungs- und Marketingabteilungen. Die Schuldenwirtschaft im Ausland wird so Arbeitsplätze in der Schweiz schaffen.

Einheitssatz bei der MWSt

Alle reden vom Green Deal – die FDP hat ihn bereits 2008 vorgeschlagen: Im Zentrum steht Energieeffizienz im Gebäudebereich. Statt einigen Hauseigentümern nach aufwendigem Formularweg Subventionen auszuschütten, sol-

len möglichst viele Hauseigentümer dank steuerlichen Anreizen ihre Gebäude sanieren. Eigenmiet- bzw. der Steuerwert einer Liegenschaft sollen deshalb nach einer Renovation während einiger Jahre nicht erhöht werden und die Renovationskosten wie Forschungsaufwand über mehrere Jahre abgezogen werden.

Die FDP kämpft für den europaweit tiefsten Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer. Nur der Einheitssatz ermöglicht eine Entlastung der Unternehmen. Dass ein Hotelier drei unterschiedliche Steuersätze verwenden muss, kostet ihn und den Gast Geld. Als politisches Entgegenkommen fordert die FDP einen auf 5,5% gesenkten Einheitssatz. Das schafft Ausfälle von 1500 Mio. Fr., die aber dank einem Wachstumsschub von 1% BIP kompensiert werden.

Gegen neue Schulden

Schulden von heute sind Steuern von morgen. Statt Geld in kurzfristige Konjunkturprogramme zu verpulvern, verlangt die FDP ein steuerpolitisches Reformpaket. So werden neue Arbeitsplätze geschaffen und Steuereinnahmen gesichert. Die Krise ist eine Verpflichtung, mit einer guten Wirtschaftspolitik Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern und die Fehler im Ausland zu nutzen.

Konjunkturprogramme in der Krise

| Land | Summe in Mrd. Fr. | % des BIP |
|-----------------|-------------------|-----------|
| Belgien | 2,0 | 0,6 |
| China | 457,0 | 14,0 |
| Deutschland | 79,0 | 3,2 |
| Finnland | 2,0 | 1,1 |
| Frankreich | 28,6 | 1,5 |
| Grossbritannien | 29,6 | 1,3 |
| Japan | 308,5 | 6,2 |
| Niederlande | 23,5 | 4,0 |
| Norwegen | 2,2 | 0,7 |
| Österreich | 7,8 | 2,8 |
| Portugal | 2,2 | 1,3 |
| Russland | 84,5 | 7,0 |
| Saudi-Arabien | 86,1 | 24,0 |
| Schweden | 10,4 | 3,0 |
| Schweiz | 1,0 | 0,4 |
| Singapur | 9,2 | 5,6 |
| Spanien | 49,1 | 4,5 |
| Thailand | 44,4 | 20,4 |
| USA | 694,5 | 7,1 |

Quelle: Weltwoche 21/09
BIP = Bruttoinlandprodukt

Erfolge der FDP in der Sondersession

Die FDP-Liberale Fraktion ist zufrieden: In der Sondersession Ende April traf der Nationalrat viele Entscheide in ihrem Sinne. So beschloss der Rat, die Folgen der kalten Progression seien jährlich auszugleichen. Er folgte dem Ständerat und stimmte dem einseitigen Abbau von technischen Handelshemmnissen zu. Und der Kampf der FDP für ein nationales Alarmsystem bei Entführungen war erfolgreich: Der Nationalrat stimmte der Motion von FDP-Ständerat Didier Burkhalter zu.

Von **Jon A. Fanzun**,
Fraktionssekretär

Die Bilanz der Sondersession fällt aus Sicht der FDP-Liberalen Fraktion positiv aus. Denn der Nationalrat entschied in vielen Sachfragen gemäss den liberalen Forderungen. So beschlossen die Parlamentarier, die kalte Progression jährlich auszugleichen. *FDP:Die Liberalen* kämpfte neun Monate lang für den raschen und jährlichen Ausgleich der kalten Progression. Ohne diese Massnahme geraten die Steuerzahlenden wegen des Teuerungsausgleiches in eine höhere Progressionsstufe und bezahlen somit mehr Steuern, als sie müssten. Von der Steuerentlastung von 500 Millionen Franken profitiert vor allem die Mittelschicht: Von den 500 Millionen Franken gehen 40% an Haushalte mit Einkommen unter 100 000 Franken und 45% an solche zwischen 100 000 und 200 000 Fr. Die Steuerentlastung stützt somit den Konsum, Investitionen und damit Arbeitsplätze. Umstritten war im Nationalrat der Anpassungsrhythmus. Linke und CVP wollten auf halbem Weg stehen bleiben und die Teuerungsschwelle von heute 7 auf neu 3 Prozent senken. Die FDP-Liberale Fraktion sowie die SVP sprachen sich für einen automatischen jährlichen Ausgleich aus. Diese Lösung setzte sich mit 96 zu 77 Stimmen durch. Die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 112 zu 48 Stimmen (der SP und der Grünen) angenommen.

Das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse gestal-



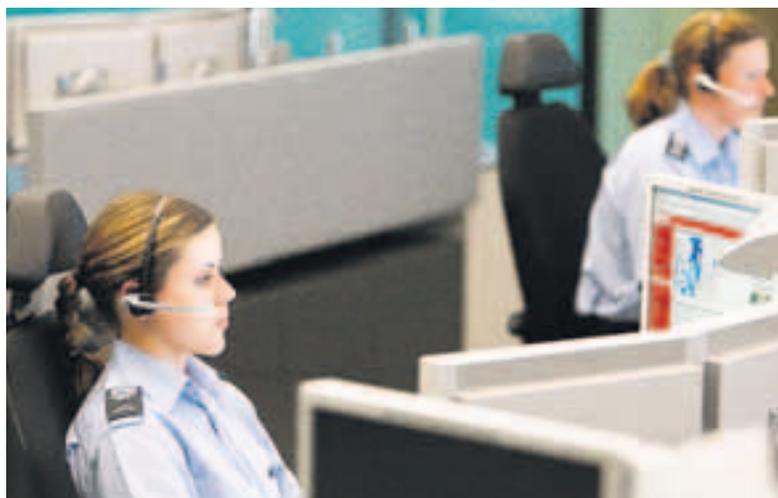
Jon A. Fanzun

tete der Nationalrat zudem weitgehend gemäss den Vorstellungen der FDP-Liberalen Fraktion. Der Nationalrat sprach sich als Zweirat wie zuvor der Ständerat dafür aus, im Verkehr mit den EWR-Ländern das Cassis-de-Dijon-Prinzip anzuwenden. Die Grundidee des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse – welches von der *FDP:Die Liberalen* unterstützt wird – ist es, Importe von Produkten zuzulassen, die im EWR-Raum rechtmässig in Verkehr gebracht wurden. Um zu verhindern, dass Schweizer Hersteller durch diese Regelung diskriminiert werden, sieht die Vorlage vor, dass diese künftig auch nach den Vorschriften eines europäischen Landes produzieren können. Im Bereich der Lebensmittel sieht die Vorlage eine Bewilligungspflicht für Produkte vor, die nicht Schweizer Standards entsprechen. Durch den Abbau der technischen Handelshemmnisse ergeben sich für die Schweizer Wirtschaft Einsparungen von rund zwei

Milliarden Franken (bei Gesamtimporten von rund 139 Milliarden Franken). Der Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion sowie die Rückweisungsanträge der SVP und der Grünen wurden vom Rat abgelehnt. Die SVP, die für mehr Abschottung und weniger Wettbewerb eintrat, liess einmal mehr Zweifel an ihrer wirtschaftspolitischen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit aufkommen. Die Grünen machten sich mit ihrer Ablehnung der Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips ebenfalls unglaublich, hatte die Partei die Vorlage in der Vernehmlassung doch noch unterstützt. Der Nationalrat stimmte der Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 95 zu 73 Stimmen zu.

Der Bundesrat wurde ausserdem einstimmig beauftragt, rasch ein nationales Alarmsystem bei Entführungen zu errichten, eine entsprechende Motion von FDP-Ständerat Didier Burkhalter (NE) wurde gut-

geheissen. Die Landesregierung soll nun eine Partnervereinbarung ausarbeiten, um auf Bundesebene ein Entführungsalarmsystem einzurichten. Dieses System hat sich in anderen Ländern (USA, Kanada, Frankreich) sehr bewährt. Die ersten Stunden nach einer Entführung sind entscheidend. Hier liegt die Stärke des Entführungsalarmsystems, das innerhalb kürzester Zeit aktiviert werden kann. Das System soll gemäss Angaben der Justizministerin bis Ende Jahr aufgebaut werden. Der Entscheid des Nationalrats ist ein Erfolg für die FDP, die seit 2007 für die Einführung eines solchen Alarmsystems kämpft. Die Partei tut dies auch auf kantonaler Ebene: Bis heute sind in 17 Kantonen entsprechende parlamentarische Interventionen von Kantonalparteien der FDP eingereicht oder bereits überwiesen worden.



Das Entführungsalarmsystem hat sich in vielen Ländern bewährt.

Bild: Moritz Hager/EQ Images

Abstimmungsvorlage vom 27. September

Ja zum IV-Sanierungsplan

Die Schweiz braucht sichere Sozialwerke. Die Invalidenversicherung ist jedoch seit Jahren defizitär, da die Einnahmen bei weitem nicht die Ausgaben decken. Heute betragen die Schulden der IV 13 Milliarden Franken, in den nächsten zehn Jahren dürften sie sich verdoppeln. Deshalb müssen wir die IV-Zusatzfinanzierung annehmen.

Von Christa Markwalder,
Nationalrätin *FDP* Die Liberalen BE

Die Schulden der IV müssen stabilisiert werden. Dies umso mehr, als heute die Defizite der IV aus dem AHV-Fonds bezahlt werden und damit ein zweites Sozialwerk durch die Finanzierungsprobleme der IV gefährdet wird.

Die IV-Finanzierungsvorlage, über die wir am 27. September 2009 abstimmen, will genau dieses Ziel erreichen. Dazu soll für eine begrenzte Zeit von sieben Jahren die Mehrwertsteuer erhöht werden. Der Normalsatz wird von heute 7,6% auf 8% ansteigen, die anderen Mehrwertsteuersätze steigen proportional. Dank diesen Mehreinnahmen kann die Schuldenentwicklung bei der IV stabilisiert werden. Einerseits können dank diesen Mitteln die Defizite gedeckt werden, andererseits kann die Schuldenspirale gestoppt werden. Die Schulden der IV dürfen nicht noch mehr aus dem Ruder laufen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind gut funktionierende Sozialwerke von grösster Bedeutung.

AHV bezahlt heute Defizite

Die Stabilisierung der Finanzierung der IV über Zusatzeinnahmen via Mehrwertsteuer ist der richtige Weg, da auf diese Weise alle ihren Beitrag leisten und nicht nur die Erwerbstätigen mehr belastet werden. Wollte man die Defizite alleine über Sparmassnahmen ausgleichen, müssten die Renten um rund 40% gekürzt werden, und dies bei einer durchschnittlichen Höhe der Renten von 1600 Franken pro Monat.

Zu beachten ist auch, dass die Defizite heute aus dem AHV-Fonds



Christa Markwalder

bezahlt werden. Pro Tag fliessen vier Millionen Franken des AHV-Vermögens in die Sicherung der IV. Ohne IV-Zusatzfinanzierung würde sich diese Entwicklung noch verschärfen und die Gefahr wäre gross, dass auch die AHV destabilisiert würde.

Die Abstimmungsvorlage sieht deshalb auch eine Entkoppelung der AHV von der IV vor. Die IV erhält einen eigenen Ausgleichsfonds, der – mit einem Startkapital von 5 Milliarden Franken aus dem AHV-Fonds ausgestattet – künftig die Defizite der IV tragen soll. Damit können die AHV-Renten gesichert werden.

Die Stabilisierung der IV ermöglicht es zudem, in der 6. IV-Revision, die in der Stabilisierungsphase umgesetzt werden soll, sozialverträgliche Sanierungsmassnahmen für die IV zu beschliessen. Ziel der Revision ist es, mittels Sparmassnahmen die IV-Rechnung ab 2017 auf Dauer ausgeglichen zu halten. Daran haben wir *FDP* Die Liberalen ein grosses Interesse: Wir stehen ein für die Sicherung der Sozialwerke.

Befristete Massnahme

Die von Bundesrat und Parlament beschlossene Zusatzfinanzierung für die IV über eine befristete Mehrwertsteuererhöhung anstatt über weitere Lohnabzüge ist wichtig und richtig. Einerseits tragen über die Mehrwertsteuer alle zur Stabilisierung der IV bei. Andererseits kann so verhindert werden, dass sich die Arbeit in der Schweiz noch mehr verteuert. Zusätzliche Lohnabzüge wären gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise von Nachteil für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Zu beachten ist schliesslich, dass die Mehrwertsteuererhöhung befristet ist. Damit ist garantiert, dass die Mehreinnahmen nur für die Stabilisierung verwendet werden. Nach Ablauf der Zusatzfinanzierung Ende 2016 müssen andere

Massnahmen greifen. Dannzumal sollten aber die Voraussetzungen dazu deutlich günstiger sein als heute.

Gesamthaft betrachtet ist die IV-Finanzierungsvorlage vom 27. September 2009 eine nötige und aus liberaler Sicht unterstützenswerte Lösung. Die Schulden der IV können stabilisiert werden, und eine weitere materielle Revision wird in Aussicht gestellt. Damit ist die Basis für eine künftig gesunde IV-Finanzierung gelegt. Ferner nimmt die Vorlage Rücksicht auf die Anliegen der Wirtschaft in der Krise, indem auf die Verteuierung der Arbeit verzichtet wird. Deshalb empfehle ich Ihnen, am 27. September 2009 dieser Vorlage zuzustimmen. Damit sagen sie Ja zu sicheren Sozialwerken und Ja zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.



IV-Rentner sind auf eine sichere Unterstützung angewiesen.

Bild: Keystone

Den Hochschulstandort Schweiz stärken

Vor wenigen Tagen hat der Bundesrat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich verabschiedet. Das Gesetz ermöglicht Bund und Kantone die gemeinsame Steuerung des Hochschulbereichs. Damit soll der Hochschulstandort Schweiz gestärkt werden.

Von Alexandra Thalhammer,
Politische Sekretärin

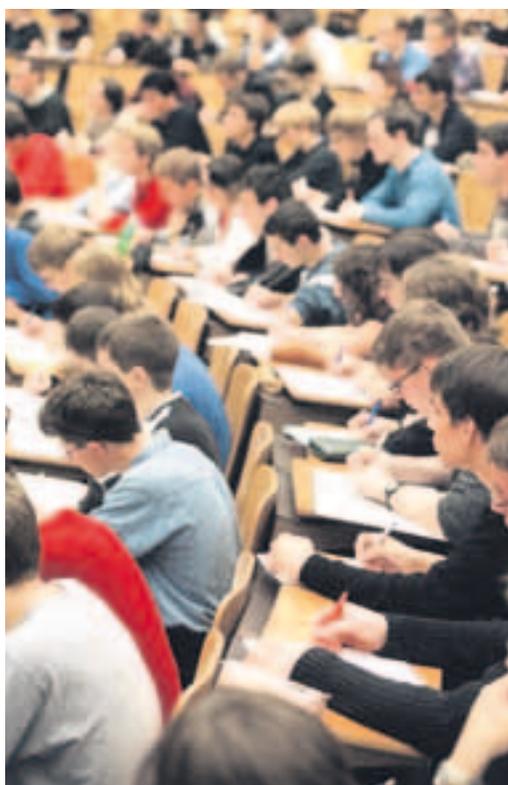
Nach jahrelanger Vorbereitung hat der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) unterbreitet. Das HFKG ermöglicht Bund und Kantone die gemeinsame Steuerung der universitären Hochschulen, der Fachhochschulen und der pädagogischen Hochschulen. Die Basis des neuen Gesetzes bildet der Bildungsrahmenartikel, der 2006 von Volk und Ständen mit einem wuchtigen Ja angenommen worden ist.

Ein gemeinsamer Hochschulraum setzt gemeinsame Ziele des Bundes und der Kantone voraus. Dabei geht es klar um die Ziele für die Gestaltung des Hochschulraums Schweiz als Ganzes und nicht um die Ziele, die sich die einzelnen Träger oder Hochschulen selbst setzen. So sollen mit Hilfe des HFKGs u. a. günstige Rahmenbedingungen für eine hohe Qualität in Lehre und Forschung geschaffen und die Profilbildung der Hochschulen und insbesondere der Wettbewerb im Forschungsbereich gefördert werden. Auch will man die Konzentration des Angebots begünstigen sowie die Studienstrukturen vereinheitlichen. Damit kann eine gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse erreicht werden.

FDP für neues Gesetz

In ihrer Vernehmlassungsantwort hat sich die FDP. Die Liberalen 2008 klar für die Schaffung eines neuen Bundesgesetzes zur Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich ausgesprochen. Dabei war für die FDP zentral, dass mit der Umsetzung des Gesetzes in der Praxis auch wirklich ein effektiver Beitrag zur Hochschulförderung geleistet werden kann. Keinesfalls sollen mit dem HFKG neue Doppelspurigkeiten geschaffen und noch kompliziertere Strukturen als heute aufgebaut werden.

Wenn die Schweiz ihre Position als qualitativ hochstehenden und international beachteten Hochschulstandort behaupten und weiter ausbauen will, so ist zum einen die Förderung der



Einheitliche Strategie für die Hochschulen.

Bild: Keystone

Hochschulautonomie sowie die strategische Planung auf Ebene der Hochschulen von grösster Bedeutung. Zum anderen ist es aber ebenso wichtig, dass unser (aus den kantonalen Universitäten, den beiden ETH und den Fachhochschulen bestehendes) Hochschulsystem unter der Leitung des Bundes einer politischen Steuerung unterliegt und national koordiniert wird.

Hochschulen bleiben autonom

Da an den Grundsätzen unseres föderalistischen Systems festgehalten wird, werden die Kompetenzen der Kantone, welche als Hochschulträger fungieren, nicht in Frage gestellt. Ohne eine weitreichende Koordination der Interessen aller im Hochschulbereich involvierten Akteure und die Verfolgung einer einheitlichen Strategie wird die kleinräumige und mehrspra-

chige Schweiz im internationalen Wettbewerb jedoch keinen Spitzenplatz erreichen können. Die Bildungsverfassung beruht auf der Prämisse, dass der Bund nur dann eingreifen soll, wenn sich die Kantone (in ihren Zuständigkeitsbereichen) nicht einigen können. Deshalb ist im Hochschulbereich eine schweizweite politische Steuerung von grösster Bedeutung.

Auch wenn die nationale Steuerung im Hochschulbereich im Interesse einer einheitlichen Strategie wichtig ist, so muss die Autonomie der einzelnen Hochschulen jedoch hochgehalten werden. Nur sie fördert ein wettbewerbles und auf Qualitätssteigerung von Lehre und Forschung ausgerichtetes System. Dies bedeutet jedoch auch, dass die Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung in einem solch schweizweit koordinierten System gewahrt bleiben muss. Schliesslich müssen den Hochschulen gebundene Grundbeiträge zur Verfügung gestellt werden, damit für diese eine bestmögliche Planungssicherheit (während eines bestimmten Zeitraums) besteht und die Kantone als Hochschulträger weiterhin zuverlässige Partner bleiben. Gleiches gilt auch für den ETH-Bereich sowie den Schweizerischen Nationalfonds.

Verbesserte Koordination

Nachdem der Bundesrat die Botschaft zum HFKG verabschiedet hat, ist es nun an den eidgenössischen Räten, die Vorlage zu diskutieren. Der Ständerat wird den Entwurf als Erstrat noch dieses Jahr behandeln. Eine erste Sitzung der Wissenschaft, Bildung und Kulturkommission (WBK-S) findet bereits Anfang Juli statt, die Detailberatung der Vorlage folgt nach den Sommerferien. Aufgrund der Komplexität der Vorlage ist jedoch anzunehmen, dass sich die parlamentarische Beratung bis Ende 2010 hinziehen wird. Danach soll das HFKG gemäss dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung frühestens ab Januar 2012 etappenweise in Kraft treten.

Die FDP. Die Liberalen wird sich in der WBK sowie im Rat für ein schlankes und effektives Gesetz zur Förderung der Hochschulen sowie einer verbesserten Koordination im schweizerischen Hochschulbereich einsetzen.

Agenda 2009

Juni

- 26. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)
- 27. Delegiertenversammlung in Bern

August

- 27. PPK
- 28./29. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

September

- 7.–25. Herbstsession
- 10. Geschäftsleitung
- 12. Tag der FDP-Parlamentarier
- 27. Eidg. Abstimmungen

Oktober

- 16. PPK
- 17. Delegierterversammlung in Stans

November

- 13./14. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 23. 11.–11. 12. Wintersession
- 25. Wahlfeier Stände- und Nationalratspräsident
- 29. Eidg. Abstimmungen

Dezember

- 2. Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates
- 3. Wahlfeier des Bundespräsidenten
- 10. Weitere Feiern
- 18. PPK

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint sechsmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

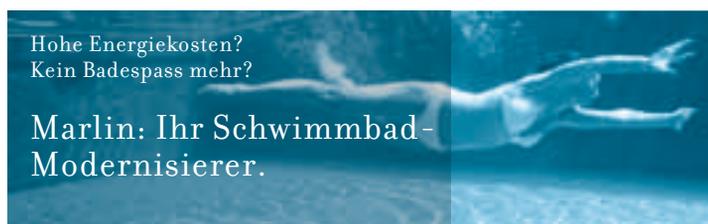
Anfragen unter:

FDP Die Liberalen Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Neuen-gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30



FDP Die Liberalen kämpft für gesicherte Sozialwerke

Anzeige



Alles über umfassende Pool-Modernisierung in Garten und Haus:
www.marlin.ch/modernisierung

Marlin AG · CH-6312 Steinhausen
 Tel. 041 741 44 45 · service@marlin.ch



INTEGRIERT

Microsoft®
Your potential. Our passion.™

ISOLIERT

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch